SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 15/2608**
15. Wahlperiode 03-04-15

Bericht

der Landesregierung

Verfassungsschutzbericht 2002

Federführend ist der Innenminister

Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein

Verfassungsschutzbericht

2002

VORBEMERKUNG **5**

I. VERFASSUNGSSCHUTZ IN SCHLESWIG-HOLSTEIN **6**

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle **6**

2 Organisation, Personal, Haushalt **8**

II. RECHTSEXTREMISMUS **9**

1 Überblick **9**

2 Schwerpunkte **10**
2.1 Die so genannten Kameradschaften 10
2.2 Aktionsschwerpunkte 12
2.3 Ideologische Schwerpunkte 14
2.3.1 Antiamerikanische Grundhaltung 14
2.3.2 Rechtsextremismus, Islamismus und Irak-Konflikt 16
2.3.3 Entwicklung der Skinhead-Musikszene 17
2.4 Gewalt 19

3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen **21**
3.1 Neo-nationalsozialistisch geprägte Personenzusammenschlüsse 21
3.1.1 Neo-nationalsozialistische und subkulturelle „Kameradschaften“ in Schleswig-Holstein 24
3.1.1.1 „Kameradschaft Elbmarsch“ 24
3.1.1.2 Raum Geesthacht 25
3.1.1.3 Kiel 26
3.1.1.4 Neumünster/„Club 88“ 27
3.1.1.5 „Kameradschaft Pinneberg“ 28
3.1.1.6 Rendsburg 30
3.1.1.7 Lübeck 31
3.1.2 „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) 31
3.1.3 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) 33
3.2 Parteien 34
3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) 34
3.2.1.1 Fortsetzung des strategischen Drei-Säulen-Konzeptes 34
3.2.1.2 Bundesparteitag festigte die Position des Parteivorsitzenden Udo Voigt 36
3.2.1.3 Rückläufige NPD-Aktivitäten in Schleswig-Holstein 36
3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU) 37
3.2.3 „Die Republikaner“ 38
3.3 Sonstige 38
3.3.1 „Bündnis Rechts“ (BR) 38

4 Verlage **40**

5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2000 bis 2002 ..... **42**

III. LINKSEXTREMISMUS 43

1 Überblick 43

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums 44
2.1 Autonom-anarchistische Szene 44
2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte 44
2.1.2 Strategien 45
2.1.2.1 Bündnisbestrebungen 45
2.1.2.2 Gewalt als Mittel zur Verfolgung politischer Ziele 45
2.1.2.3 Strukturen und Vernetzung 47
2.2 „Rote Hilfe e. V." 48
2.3 Dogmatischer Linksextremismus 49

3 Aktionsfelder 50
3.1 „Anti-Faschismus" 50
3.2 „Anti-Rassismus“ 51
3.3 „Anti-Globalisierung“ 54
3.4 „Anti-Militarismus“ 55
3.5 „Anti-Atomkraft“ 57

4 Agitations- und Kommunikationsmedien 58

5 Linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten 58

6 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2000 bis 2002 59

IV. EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN 60

1 Überblick 60

2 Islamismus 62
2.1 Wesensmerkmale des Islamismus 62
2.1.1 Antiisraelische und antisemitische Agitation 63
2.1.2 Antiwestliche Grundhaltung 64
2.1.3 Absolutheitsanspruch der Islamisten 65
2.1.4 Märtyrerkult und Dämonisierung der „Ungläubigen“ 67
2.2 Islamistischer Terrorismus 68
2.3 Gewaltgeneigte islamistische Organisationen 71
2.3.1 „Kalifatsstaat“ 71
2.3.2 Sonstige gewaltgeneigte islamistische Organisationen 73
2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als bedeutendste nicht-militante islamistische Organisation 74

3 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)/„Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) 78
3.1 Entwicklung der Organisation im Zusammenhang mit ihrer Umbenennung 78
3.2 Anhängerschaft 80
3.3 Aktivitäten 81
3.4 Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen 83

4 Linksextremistische türkische Organisationen 84

5 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2000 bis 2002 86

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht erwähnt nicht alle Beobachtungsobjekte der schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzbehörde und auch nicht alle Ereignisse des Jahres 2002, sondern nur die bedeutenderen Organisationen und Gruppierungen sowie Geschehnisse.

Hinweise auf Vorkommnisse außerhalb des Landes Schleswig-Holstein wurden aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichtes erforderlich sind.

I. Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

1 Rechtliche Grundlagen, Aufgaben, Kontrolle

Verfassungsschutz ist, so Artikel 73 des Grundgesetzes, gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Das „Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz“ vom 20. Dezember 1990 beschreibt den gemeinsamen Handlungsrahmen, den die Länder für ihre Verfassungsschutzgesetze übernommen haben. In Schleswig-Holstein ist dies das „Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein“ vom 23. März 1991.

Daneben hat der Verfassungsschutz die in verschiedenen anderen Gesetzen (unter anderem Personalausweisgesetz, Passgesetz, Datenschutzgesetz) normierten Rechtsvorschriften zu beachten. Enge rechtliche Grenzen setzt z. B. das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses für Eingriffe in diese Grundrechte.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder der Länder zu unterrichten. Bedrohungen dieser Grundwerte sollen bereits im Ansatz und damit im Vorfeld strafrechtlich relevanter Taten erkannt und analysiert werden. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist er befugt, sach- und personenbezogene Informationen zu sammeln und auszuwerten über

- Bestrebungen, die gegen diese Grundordnung oder den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der

Bundesrepublik Deutschland gefährden,

- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Unter Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes sind politisch motivierte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen oder Betätigungen von Organisationen, unorganisierten Gruppen, aber auch von einzelnen Personen zu verstehen, die sich gegen Grundprinzipien der Verfassungsordnung richten. Hinzu kommen muss eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber diesem Grundbestand von Werten und Rechten unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung. Derartige Bestrebungen werden als „extremistisch“ oder „verfassungsfeindlich“ bezeichnet. Eine nur wertneutrale oder kritische Haltung dem Staat gegenüber ist nicht Gegenstand der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Zur Informationsgewinnung ist der Verfassungsschutzbehörde der Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt. Hierzu gehören z. B. der Einsatz von V-Leuten (Vertrauens- oder Verbindungsleute), die heimliche Beobachtung (Observation) und das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen. Die gewonnenen Informationen sind eine wichtige Grundlage für die politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus; mit ihnen können aber auch die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder im Einzelfall Maßnahmen treffen und die Gefahrenschwelle bestimmen, jenseits derer Verbotsmaßnahmen zum Schutze der Verfassungsordnung erforderlich sind. So können die Erkenntnisse Grundlage sein für Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z. B. für Sammlungen, Informationsstände) und für die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren. Derartige Entscheidungen trifft allerdings nicht der Verfassungsschutz. Ihm steht bei seiner Aufgabenerfüllung keine Exekutivgewalt zu; er ist strikt von der polizeilichen Exekutive getrennt. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben keinerlei polizeilich-exekutive Befugnisse.

Eine mitwirkende Funktion hat die Verfassungsschutzbehörde im Bereich des Geheimschutzes. Sie unterstützt Behörden und außerbehördliche Stellen bei der Überprüfung

von Geheimnisträgern und Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen tätig sind, und gibt Empfehlungen, wie vertraulich zu behandelnde Unterlagen durch technische oder organisatorische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden können.

Die Verfassungsschutzbehörde unterliegt Kontrollen, die sicherstellen, dass die Aufgaben nur in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen wahrgenommen werden. Diese Kontrollen werden in erster Linie vom Parlament durch die Parlamentarische Kontrollkommission, im Einzelfall durch eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Verfassungsschutz, aber auch vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz, dem Landesrechnungshof, den Gerichten und der Öffentlichkeit sowie den Medien wahrgenommen.

2 Organisation, Personal, Haushalt

Der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein ist als eine Abteilung des Innenministeriums organisiert, die sich in folgende Referate gliedert:

- Verwaltung, Rechts- und Grundsatzfragen, Datenschutz,
  Geheim- und Sabotageschutz,
- Nachrichtenbeschaffung,
- Auswertung Rechts- und Linksextremismus, Öffentlichkeitsarbeit,
- Auswertung Ausländerextremismus, Spionageabwehr.

Die Personal-Sollstärke der Verfassungsschutzabteilung liegt bei 83 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Für Sachmittel und Investitionen des Verfassungsschutzes standen im Jahr 2002 880.300 Euro, davon 287.700 Euro aus dem Sicherheitspaket der Landesregierung, an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Die Personalkosten werden bei den entsprechenden Personalkostentiteln des Ministeriums ausgewiesen.

II. Rechtsextremismus

1 Überblick

Die Zahl der Personen in Schleswig-Holstein, die rechtsextremistischen Bestrebungen zugerechnet werden können, ist mit rund 1.400 gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Unverändert ist auch der in den Vorjahren festgestellte Trend, dass auf der einen Seite die Parteien Mitglieder und Wählerzuspruch verlieren, auf der anderen Seite der aktionistisch ausgerichtete Rechtsextremismus der Neonazi- und Skinhead-Gruppen aber die Zahl seiner Anhänger vergrößert. Dieses latent gewaltbereite Segment des Rechtsextremismus im Lande umfasst jetzt 550 Personen; rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten sind trotzdem zurückgegangen (siehe dazu unter Nr. II 2.4). Die Vergrößerung der aktionistischen Szene geht allein auf das Konto der rechtsextremistischen Skinhead-Subkultur. Sie stellt den größten Anteil im nur locker miteinander verknüpften Netz so genannter Kameradschaften.

Die auffälligste Entwicklung vollzog sich um die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“. Die im Jahr 2000 erfolgte Übernahme des Landesvorstandes durch bekennende Neo-Nationalsozialisten führte auch 2002 wieder zu einer weitgehenden Lähmung der Parteiarbeit im Landesverband und zu einem deutlichen Rückgang der Mitgliederzahlen. Das von den Führungskadern angekündigte Ziel, rechtsextremistisch orientierte Jugendliche und junge Erwachsene über Parteiaktivitäten zahlreicher in feste neonationalsozialistische Strukturen einzubinden, wurde nicht erreicht. Das Verbotsverfahren mag eine Rolle gespielt haben. Offensichtlich ist aber auch die rechtsextreme Subkultur nicht so sehr an ideologisch geprägter politischer Arbeit interessiert als vielmehr an Aktionen und Ereignissen, die ihrem besonderen ausländerfeindlich unterlegten Lebensgefühl entsprechen.

Dessen Hauptverstärker ist unverändert die aggressive rechtsextremistische Musik. Als der „Club 88“ in Neumünster im September Geburtstag feierte und aus diesem Anlass zu einem Szene-Konzert lud, kamen rund 650 Gäste. Den führenden Köpfen der neonationalsozialistischen Szene ist dieser Zusammenhang bewusst. Die Versorgung Inte-

ressierter mit Szene-Musik und die Organisation von Konzerten werden immer wieder gezielt eingesetzt, um an rechtsextremes Gedankengut heranzuführen, eine festere Bindung an neo-nationalsozialistische „Kameradschaften“ zu erzielen oder durch Verknüpfung von politischer Aktion mit Konzerten einen größeren Mobilisierungsgrad zu erreichen.

Die regionalen Schwerpunkte der Szene befinden sich im Hamburger Umland, in Neumünster, Lübeck und Kiel. Während es an manchen Orten rückläufige Entwicklungen gab, entstanden an anderen Orten, so z. B. in Rendsburg und im südlichen Kreis Herzogtum Lauenburg, neue Personenzusammenschlüsse. Der „Club 88“ in Neumünster bildet weiterhin eine wichtige Nahtstelle zwischen der wachsenden Subkultur-Szene und ideologisch gefestigten Neo-Nationalsozialisten.

2 Schwerpunkte

2.1 Die so genannten Kameradschaften

Das Bild des nicht in Parteien organisierten aktionistischen Rechtsextremismus wird seit etwa Mitte der 1990er-Jahre im Wesentlichen durch so genannte Kameradschaften geprägt. Das Spektrum der Kameradschaftsmitglieder reicht dabei vom klassischen Neonazi traditioneller Prägung bis zu dem nicht immer klar zuzuordnenden Personenkreis einer Subkultur, die durch Fragmente rechtsextremistischer Ideologie gekennzeichnet ist. Nicht jede Jugend-Clique, die etwa durch eine einmalige rechtsextremistische Straftat oder öffentlichkeitswirksame Aktivität auffällt, kann automatisch als rechtsextremistische „Kameradschaft“ in diesem Sinne und damit als Träger einer verfassungsfeindlichen Bestrebung verstanden werden.
Die Verfassungsschutzbehörden haben sich zur einheitlichen Bewertung des Phänomens auf eine gemeinsame Sprachregelung geeinigt, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: Danach ist eine rechtsextremistische „Kameradschaft“ ein zumindest rudimentär strukturierter Aktivistenkreis mit geringer Fluktuation, der regional begrenzt tätig ist und aufgrund der rechtsextremistischen Weltanschauung seiner Anhänger zu planmäßiger politischer Arbeit bereit ist.

Alle „Kameradschaften“ sind miteinander informell vernetzt. Die steuernden Impulse gehen nur von einem äußerst kleinen, seit Jahren bekannten Kreis von Neo-Nationalsozialisten aus, die mit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) oder der Subkultur- bzw. Skinhead-Szene verbunden sind. Die Abstimmung der Aktionen findet auf konspirativ durchgeführten Treffen auf norddeutscher Ebene statt. Hier werden zukünftige Agitationsschwerpunkte festgelegt, wie z. B. die überwiegend antisemitisch/antiamerikanisch begründete Anti-Globalisierungs-Kampagne, die alljährlich stattfindenden „Heß-Demonstrationen“, so genannte Anti-Antifa-Aktivitäten oder Aktionen gegen die „Wehrmachtsausstellung“. Darüber hinaus wird Einfluss auf die „Kameradschaften“ ausgeübt mittels eines bereits vor Jahren unter maßgeblichem Einfluss von Hamburger Neo-Nationalsozialisten entwickelten Propaganda- und Steuerungsinstrumentariums, das im Wesentlichen aus dem „Aktionsbüro Norddeutschland“, der Internet-Seite „widerstandnord.com“ und den „Info-Telefonen“ besteht. Dadurch ist ein durch persönliche Kontakte geprägtes, über das gesamte Land reichendes, mehr oder weniger lockeres Netzwerk von Personen entstanden, geeint durch eine antipluralistische, fremdenfeindliche und teilweise offen rassistische Grundhaltung und im Kernbereich verknüpft über das Selbstverständnis einer am Nationalsozialismus orientierten Fundamentalopposition.

Der in weiten Bereichen nur lockere Zusammenhalt hat eine starke Fluktuation der Szene zur Folge. Im Berichtsjahr überstieg aber erneut der Zulauf die Zahl derer, die sich zurückzogen. Allerdings waren die nach außen gerichteten Aktivitäten der verschiedenen „Kameradschaften“ rückläufig. Die einzige Demonstration fand anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Lübecks am 30. März in Lübeck statt. Trotz der über die Landesgrenzen hinausgehenden Mobilisierungsbemühungen gab es nur 150 Teilnehmer. Die wenig erfolgreichen Bemühungen des Lübecker Neo-Nationalsozialisten Jürgen Gerg aus dem Jahre 2001, durch regelmäßige Demonstrationen in verschiedenen Teilen des Landes die rechtsextreme Szene stärker an die NPD und die neonationalsozialistischen Wortführer zu binden, fanden im Jahre 2002 keine Fortsetzung. Offensichtlich sind die oft lediglich anpolitisierten Szene-Angehörigen zu dauerhaftem politischem Engagement nicht bereit, sondern nur von Fall zu Fall zu mobilisieren. An vermittelbaren Themen fehlt es anscheinend. Außerdem dürften der behördliche Druck

und die aus Szene-Sicht unbefriedigende öffentliche Resonanz die Bereitschaft zu Demonstrationen verringert haben. Und schließlich wirkte sich auch der Rückgang der Aktivitäten im Hamburger Neonazi-Kreis um Thomas Wulff aus.

Die Zahl der in Schleswig-Holstein aktiven „Kameradschaften“ lässt sich nicht genau beziffern, da die Szene ständigen Veränderungen unterliegt. Anfang des Jahres gab es Hinweise auf die Existenz von etwa 20 „Kameradschaften“ im Lande. Den Schwerpunkt bilden gegenwärtig die Regionen Pinneberg, Neumünster, Kiel, Geesthacht und Rendsburg. Deutliche Ansätze gibt es aber auch in Ratzeburg, Lübeck, Ahrensburg, Bad Segeberg, Dithmarschen und Flensburg. Besonders aktive Gruppen sind unter Nr. II 3.1.1 beschrieben.

2.2 Aktionsschwerpunkte

Auch bei den Kundgebungen und Demonstrationen auf Bundesebene waren die Teilnehmerzahlen rückläufig. Nur durch das Aufgreifen revisionistischer Ziele konnten nennenswerte Mobilisierungserfolge erzielt werden. Diese Veranstaltungen sollen dazu dienen, das Geschichtsbild über den Nationalsozialismus zu revidieren. In diesem Zusammenhang ist auch die in Lübeck durchgeführte Demonstration am 30. März, die an alliierte Bombardierungen erinnern sollte, zu sehen.
Rudolf Heß gilt in der rechtsextremistischen Szene als „Märtyrer des Friedens“. Insofern gehören „Heß-Propaganda-Aktionen“ zum Selbstverständnis der Szene. Sie wiederholen sich alljährlich im August.

Das herausragende Ereignis für die Szene war die vom Hamburger Rechtsextremisten Jürgen Rieger angemeldete zentrale „Heß-Gedenkveranstaltung“ am 17. August in Wunsiedel (Bayern), dem Begräbnisort von Heß, aus Anlass des 15. Todestages. An der Veranstaltung beteiligten sich über 2.500 Rechtsextremisten, darunter zahlreiche Teilnehmer auch aus dem benachbarten Ausland. Allein aus Schleswig-Holstein waren 200 Szene-Angehörige angereist, unter anderem Mitglieder des „Bündnis Rechts“ aus Lübeck, NPD-Aktivisten und Angehörige der „Freien Kameradschaften“. Anhänger der „Kameradschaft Elbmarsch“ nahmen mit einem kameradschaftseigenen Banner „Rudolf

Heß – In unseren Herzen lebst Du weiter! – Kameradschaft Elbmarsch“ am Trauermarsch teil. Gegenüber dem Vorjahr (rund 900) hat sich damit die Teilnehmerzahl fast verdreifacht. Dies dürfte auf die Planungs- und Rechtssicherheit für die Szene – der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte das Versammlungsverbot am 16. August aufgehoben – zurückzuführen sein.

Auch in Schleswig-Holstein gab es „Heß-Aktivitäten“. Sie beschränkten sich überwiegend auf das Verkleben und Plakatieren von „Heß-Propagandamaterial“. Das „Freie Info-Telefon Norddeutschland“ (FIT) berichtete z. B. auf seiner Internet-Seite, „Nationale Sozialisten aus Pinneberg“ hätten am 17. August Transparente in der Pinneberger Innenstadt und an Autobahnbrücken im Kreisgebiet angebracht. Im Kreis Herzogtum Lauenburg seien laut FIT in der Nacht zum 14. August 300 Plakate von den „Nachtschwärmern aus Schleswig-Holstein“ verklebt worden. Am 11. August wurden drei Szene-Angehörige aus Neumünster durch die Polizei festgestellt, als sie Straßenschilder mit „Rudolf-Heß-Straße“ überkleben wollten.

Auf Zuspruch der Szene trafen auch wieder Demonstrationen gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung. Zwar erreichten die Teilnehmerzahlen im Jahre 2002 nicht die der Demonstration im Dezember 2001 in Berlin (rund 3.300), aber das Interesse gerade bei den jüngeren Szene-Angehörigen ist vorhanden. So nahmen am 2. Februar und 2. März in Bielefeld rund 1.500 bzw. 550 Rechtsextremisten teil. An der Demonstration in München am 12. Oktober beteiligten sich rund 900 Aktivisten.

Am 8. Juni fanden in Leipzig zeitgleich zwei Demonstrationen zum Thema „Ruhm und Ehre den deutschen Wehrmachtssoldaten“ statt. Rund 1.100 Aktivisten nahmen an der vom NPD-Landesverband Sachsen angemeldeten Demonstration teil, etwa 430 Neo-Nationalsozialisten und Skinheads beteiligten sich an der vom Hamburger Neo-Nationalsozialisten Christian Worch angemeldeten Veranstaltung „Historische Gerechtigkeit auch für die deutsche Wehrmacht; gegen die Reemtsma-Ausstellung“. Auf den Demonstrationen in Bielefeld und Leipzig waren auch Aktivisten aus Kiel, Neumünster, Lübeck und dem Kreis Segeberg vertreten.

Weitere Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene gegen die Ausstellung sind bundesweit, auch in Schleswig-Holstein, geplant. Nach einem im September 2002 gefassten Beschluss der Ratsversammlung der Stadt Neumünster wird die Ausstellung im Frühjahr 2003 dort zu sehen sein. Nach Bekanntgabe des Beschlusses wurden sofort für März und April 2003 vorsorglich fünf alternative Demonstrations-Termine vom Neo-Nationalsozialisten und amtierenden NPD-Landesvorsitzenden Peter Borchert angemeldet.

2.3 Ideologische Schwerpunkte

2.3.1 Antiamerikanische Grundhaltung

Anti-Amerikanismus ist ein zentraler Teil rechtsextremistischer Ideologie: die USA stehen für den verhassten politischen Liberalismus, der das Individuum in den Mittelpunkt einer freiheitlichen, pluralistischen Verfassung und Weltordnung stellt. Rechtsextremisten streben demgegenüber die Durchsetzung einer autoritären oder sogar totalitären Volksgemeinschafts-Ideologie an.
Es verwundert deshalb nicht, dass sie immer wieder versuchen, sich an bestimmte Protest-Themen mit eigener antiamerikanischer und nationalistischer Begründung, vermischt mit Antisemitismus und Kapitalismus-Kritik, anzuhängen. In diesem Sinne wurde schon früh eine eigene Globalisierungs-Kritik formuliert. Diese hatte sich seit den Anschlägen vom 11. September 2001 verstärkt und hat sich vor dem Hintergrund des Irak-Konfliktes und der Friedensdemonstrationen erneut intensiviert.
Das in Norderstedt ansässige neonazistische „Aktionsbüro Norddeutschland“ startete im Herbst auf seiner Internet-Seite die Initiative „Vorausdenken – US-Globalisierungs-Terror stoppen“. Damit sollten Protestaktionen der rechtsextremistischen Szene (Demonstrationen, Kundgebungen, Flugblatt-Verteilungen, Info-Tische, Mahnwachen, Plakatierungen) gegen eine Militärintervention im Irak koordiniert werden. Im Rahmen dieser Kampagne wurden zahlreiche Beiträge, Flugblätter, Protestaufrufe und Meldungen in das Internet eingestellt, die sich gegen die „Machtzentrale USA“ richten. In einem Beitrag mit dem Titel „US-Provokation im Irak ist Oneworld-Terror! Nationaler Widerstand protestbereit“ heißt es, der Irak stehe für eine „freie Welt“ und solle für den Welt-

herrschaftsanspruch der USA vernichtet werden. Dieser „Oneworld-Terror“ sei den Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg bekannt; auch das „Dritte Reich“ habe nicht in das „Eine-Welt-Konzept“ der USA gepasst. So sei heute Deutschland faktisch eine Provinz der USA, im Würgegriff US-kontrollierter Organisationen wie der Nato und der UN. Deshalb, so das „Aktionsbüro“ abschließend:

> „(...) heraus auf die Straße zum antikapitalistischen und antiimperialistischen Protest gegen die USA und ihre Achse des Bösen! Noneworld statt Oneworld!”

Ende des Jahres wurden die Protestaktionen über mehrere Internet-Seiten konkretisiert. Danach soll der Protest stattfinden vor

> „1. US-Amerikanischen Einrichtungen jeglicher Art (<...> dies umfasst auch deren wirtschaftliche und unkulturelle Auswüchse, wie z. B. bekannte US-Firmen oder Fast-Food-Ketten).
> 2. Einrichtungen der BRD-Regierungsparteien (...).
> 3. Einrichtungen etablierter BRD-Medien, die offenkundig pro-amerikanische Kriegspropaganda betreiben bzw. diese unterstützen.“

Neben den “gängigen Protestmöglichkeiten” wurde auch auf „alternative Protestformen“ hingewiesen,

> “(...) auf die hier nicht spezieller eingegangen werden soll. Sprecht nicht lange über das, was ihr tun wollt, sondern tut es einfach ...“

Weiter heißt es:

> „Eurer Phantasie sind da kaum Grenzen gesetzt, hauptsache die Aktionen sind wirkungsvoll und setzen an den richtigen Stellen an.”
> (Schreibfehler im Original)

Innerhalb der Kampagne entstanden unterschiedliche Flugblätter, die der Szene über das Internet zur Verfügung gestellt wurden.

Am 9. November verteilten in Schwarzenbek und Geesthacht Angehörige der neonazistischen und Skinhead-Szene aus dem südlichen Kreisgebiet Lauenburgs eines dieser

Flugblätter mit dem Tenor „Terror ist ein Meister aus Amerika“. In einer Meldung des „Aktionsbüros“ heißt es:

> „Vor den Toren Hamburgs haben am historischen 9. November freie Nationalisten mit lokalen Protestaktivitäten gegen US-Terror begonnen. (...) Trotz der pro-amerikanischen Massenverhetzung in den etablierten BRD-Medien hielten sich Befürworter und Gegner der US-Politik immerhin die Waage, der Nährboden für unsere politische Stoßrichtung war also vorhanden. (...) Weitere Aufklärungsaktionen in dieser und anderer Form müssen und werden auf jeden Fall folgen!“

2.3.2 Rechtsextremismus, Islamismus und Irak-Konflikt

Trotz einer übereinstimmenden antiamerikanischen und antisemitischen Grundhaltung wurde bisher keine Kooperation von Rechtsextremisten und Islamisten in Deutschland bekannt. Dass die Interessen aber in einem gewissen Umfang gleich gerichtet sind, zeigt der Auftritt des NPD-Anwaltes Horst Mahler und des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt bei der Veranstaltung einer islamistischen Organisation am 27. Oktober in Berlin. Voigt sagte in seiner Rede unter anderem:

> „Deutschland wird erst frei sein, wenn die letzten amerikanischen Militärbasen in Deutschland weg sind. Ich glaube als Vorsitzender einer nationalen Oppositionspartei in Deutschland hier für alle Nationalen in Deutschland zu sprechen, wenn es zu der großen Auseinandersetzung kommt, werden wir nationalen Deutschen nicht auf der Seite Amerikas stehen.“

Kontakte zu offiziellen Repräsentanten des Irak in Deutschland sucht der neo-nationalsozialistische „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) (zur Organisation siehe unter Nr. II 3.1.2), der seine Führungsstruktur außerhalb Schleswig-Holsteins hat. Ein führender Aktivist des KDS erklärte:

> „Der Irak ist für uns von besonderer Bedeutung, weil mit Saddam Hussein an der Spitze des Irak ein Mensch steht, der uns schon in einigem an unseren Führer Adolf Hitler erinnert, der dieser gewaltigen Übermacht Amerikas trotzt, der nicht bereit ist, in die Knie zu gehen. Deswegen ist Saddam Hussein für uns groß und bewundernswert, weil er es geschafft hat, wie unser Führer Adolf Hitler, sein Volk hinter sich zu bringen und das Volk steht hinter ihm. Er hat den Irak zu einer der orientalischen Art und

> Mentalität entsprechenden orientalischen Variante des nationalsozialistischen Volksstaates gemacht."

Anfang Oktober verklebten in Wasbek (Kreis Rendsburg-Eckernförde) Anhänger des seit Frühjahr auch in Schleswig-Holstein vornehmlich im Raum Neumünster agierenden KDS Propagandamaterial „Gegen die Kriegspolitik der USA! Hände weg vom Irak!".

Im Sommer erregten zwei führende KDS-Mitglieder öffentliches Aufsehen, als sie bei der Einweihung der neuen Irakischen Botschaft in Berlin zu Gast waren. Es wurde von einem absolut herzlichen Empfang bei den Irakern berichtet. Mit Datum vom 21. August gratulierte dann die KDS-Organisationsleitung dem irakischen Botschafter schriftlich und „ganz herzlich zur unblutigen Beendigung der verbrecherischen Besetzung Ihrer Vertretung durch irakische Oppositionskräfte". Schließlich ist auf der Internet-Seite des KDS ein „Offener Brief Husseins an das amerikanische Volk und die westlichen Völker und ihre Regierungen" abrufbar.

Übereinstimmung in den Feindbildern ist auch in einem Artikel der KDS-Publikation „Der Gegenangriff" (4. Jahrgang, September 2002) zu erkennen:

> „Ich schaue mit großer Bewunderung auf den Volksstaat Irak, welcher sich unter der genialen Führung von Saddam Hussein seit nunmehr einem Jahrzehnt der amerikanischen Aggression tapfer entgegenstellt und trotz aller Widrigkeiten eine wahre Volksgemeinschaft geschaffen hat. (...) Ich erblicke in den semitischen Arabern Bündnispartner und Kampfgefährten gegen die Feinde unseres Volkes."

Wenngleich es kaum Gründe für die Annahme eines dauerhaften Schulterschlusses zwischen Rechtsextremisten und Islamisten gibt, besteht doch die Gefahr, dass sich gewalttätige Tendenzen bei einzelnen Aktivisten verstärken könnten.

2.3.3 Entwicklung der Skinhead-Musikszene

Die rechtsextremistische Skinhead-Szene in Schleswig-Holstein ist überwiegend eine strukturarme jugendliche Subkultur, der 2002 rund 550 Anhänger (2001: 470) angehörten.

Musik hat in der Entwicklung und Etablierung von Subkulturen stets eine bedeutsame Funktion. Innerhalb der Szene stellt sie ein verbindendes Merkmal und gegenüber der Mehrheitskultur gleichzeitig ein Abgrenzungskriterium dar. Rechtsextremistische Skinhead-Musikgruppen sowie Liedermacher vermitteln interne Werte und Normen für viele Szene-Angehörige klarer und einfacher als jeder rechtsextremistische Funktionär.

Der aggressive Musikstil fördert die gewaltbereite Grundhaltung und kann in Einzelfällen der Auslöser für Gewalttaten sein. Neben der musikalischen Aggression durch entsprechende Akkordfolgen und Lautstärke kommt den propagierten Ideologie-Fragmenten die zentrale Bedeutung zu. Rassistische, antisemitische und gewaltverherrlichende Texte bauen Feindbilder auf, zu denen beispielsweise „das System“, das heißt die Gesellschaft und die bestehende Staatsordnung, Angehörige anderer ethnischer Gruppen wie z. B. Farbige oder Türken sowie „Linke“ und Juden gehören. Die Anziehungskraft dieser Musik – sowohl für Szene-Angehörige als auch für in ihrer Einstellung noch ungefestigte Jugendliche – wird noch erhöht durch den Reiz des Verbotenen.

2002 fanden bundesweit rund 115 (2001: 80) Skinhead-Konzerte statt. Die Zahl der Konzerte stieg damit erstmalig seit 1998 wieder an. Zwar konnte zunächst bundesweit seit dem Verbot der Skinhead-Gruppierung „Blood & Honour“ im September 2000 ein deutlicher Rückgang von Skinhead-Konzerten festgestellt werden, doch hat sich die Szene nach dem Wegfall dieser Vertriebs- und Veranstaltungsorganisation der neuen Lage mittlerweile angepasst. Beispielsweise wurden 2002 zahlreiche kleinere bis mittlere Konzerte auf Privatgelände oder in Privaträumen durchgeführt, um ein Verbot zu umgehen. Zur Steigerung der Teilnehmerzahl wurden außerdem die Veranstaltungen oft in zeitlicher und räumlicher Nähe zu rechtsextremistischen Demonstrationen abgehalten. Mit der gestiegenen Zahl der Konzerte ist zudem bundesweit ein deutlicher Anstieg der Gesamtbesucherzahl von rund 13.600 (2001) auf mehr als 20.000 zu verzeichnen, die einer durchschnittlichen Besucherzahl von rund 190 (2001: 170) entspricht.

In Schleswig-Holstein fand 2002 lediglich ein rechtsextremistisches Skinhead-Konzert statt (2001: 1). Am 28. September besuchten rund 650 Szene-Angehörige eine Veran-

staltung in Neumünster, bei der drei deutsche Skinhead-Bands sowie eine Liedermacherin auftraten. Anlass war das sechsjährige Bestehen des „Club 88“.

Bei den sonstigen Musikveranstaltungen rechtsextremistischer Liedermacher ist die Zahl rückläufig. Bundesweit wurden rund 30 Veranstaltungen bekannt (2001: 47), davon 9 (2001: 1) in Schleswig-Holstein. Die Teilnehmerzahl der als Privatveranstaltungen durchgeführten Liederabende in Schleswig-Holstein lag zwischen 30 und 80; eine Veranstaltung fand in Kiel statt, jeweils vier in Neumünster sowie im Kreisgebiet von Pinneberg.

Rund 35 bis 40 rechtsextremistische Musik-Vertriebe versorgen bundesweit die Szene mit Tonträgern und sonstigen Devotionalien. In Schleswig-Holstein bestanden 2002 zwei Versandhandel sowie drei kleinere Vertriebe/Läden, die nur regional von Bedeutung sind.

Von den rund 95 in 2002 aktiven rechtsextremistischen Skinhead-Musikgruppen stammt keine aus Schleswig-Holstein.
Die Szene ist intensiv bemüht, sich dem Druck der Sicherheits- und Ordnungsbehörden auf Produktions- und Vertriebsstrukturen rechtsextremer Musikgruppen zu entziehen. Die Produktion findet häufig im Ausland statt und wird ebenso wie der Vertrieb konspirativ organisiert. Die Verbreitung der Musik erfolgt immer häufiger über „Kleinstvertreiber“ oder über das Internet. In diesem Zusammenhang waren 2002 in Schleswig-Holstein zehn Strafverfahren anhängig.

2.4 Gewalt

In Schleswig-Holstein wurden im Berichtsjahr 317 rechtsextremistische Straftaten registriert, darunter 56 Gewalttaten. Das bedeutet einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr, in dem es 561 Taten mit rechtsextremistischem Hintergrund gab (davon 66 Gewalttaten). Demgegenüber stieg die Zahl der Straftaten auf Bundesebene von 10.054 im Jahr 2001 auf rund 10.900 im Jahr 2002 an.

Die so genannte Anti-Antifa-Arbeit gehört unverändert zum Einschüchterungs-Repertoire der rechtsextremen Szene. Politische Gegner und Sicherheitsbehörden werden ausgespäht, persönliche Informationen zu ihnen gesammelt und aufgelistet.
Bei polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen wurden immer wieder so genannte Erfassungsbogen und Listen aufgefunden, in denen neben personenbezogenen Informationen auch Treffpunkte und Versammlungsadressen notiert waren. Im August kam es zu einem Anschlag auf ein Treffobjekt der „linken“ Szene in Flensburg; zwei Neonazis stehen unter Tatverdacht.

3 Organisationen und Gruppierungen im Einzelnen

3.1 Neo-nationalsozialistisch geprägte Personenzusammenschlüsse

Die Zahl der aktiven Neo-Nationalsozialisten ist auf Bundesebene von 2.800 auf 2.600 zurückgegangen. In Schleswig-Holstein gab es einen Rückgang von 80 auf 70 Personen. Neo-Nationalsozialisten stehen in der Tradition des historischen Nationalsozialismus und streben als außerparlamentarische „Bewegung“ einen Staat an, der auf rassistischer Grundlage nach dem Führerprinzip mit einer totalitären Einheitspartei gestaltet werden soll.

Nach den Organisationsverboten der vergangenen Jahre können sie nicht mehr auf feste Organisationsstrukturen zurückgreifen. Als so genannte Freie Nationalisten versuchen sie, über die Gründung, Förderung und Beeinflussung lockerer örtlicher Gruppierungen („Kameradschaften“) den eigenen Zusammenhalt zu sichern, Jugendliche und junge Erwachsene mit rechtsextremer, fremdenfeindlicher Grundhaltung im Sinne eines „nationalen Sozialismus“ zu indoktrinieren und vor allem subkulturelle Skinhead-Cliquen politisch zu instrumentalisieren (siehe dazu unter Nr. II 2.1).
Lediglich die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ stellt noch eine Art überregionale Klammer dar, ohne allerdings politische Impulse geben zu können.
Das Fehlen fester organisatorischer Strukturen wird in der neo-nationalsozialistischen Szene trotz gegenteiliger Beteuerungen als Nachteil für die politische Arbeit gesehen. Der Versuch, durch Unterwanderung des schleswig-holsteinischen Landesverbandes der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) wieder einen festen organisatorischen Rückhalt im Lande zu finden und diesen auch in der Bundespartei zu verankern, ist 2002 endgültig gescheitert.
Die Szene ist daher weiterhin darauf angewiesen, Organisation durch Aktion und Kommunikation zu ersetzen und auf diese Weise ein Mindestmaß an Koordination der unterschiedlichen Neonazi- und Skinhead-Kameradschaften zu erreichen. Im Mittelpunkt dieser Koordinationsbemühungen steht das von Hamburger Aktivisten begründete „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“ (NSAN) der „Freien Nationalisten“.

Die Führungspersonen der am NSAN beteiligten „Kameradschaften“ sowie Einzelaktivisten treffen sich unregelmäßig, um Themen- und Aktions-Schwerpunkte für Norddeutschland festzulegen. Hieran nehmen aus Schleswig-Holstein unter anderem Neonazis aus Neumünster, Lübeck, Kiel und dem Kreis Pinneberg teil.

Als Koordinierungsstelle konkreter Aktionen dient das „Aktionsbüro Norddeutschland“. Es unterstützt alle wichtigen politischen Aktionen nicht nur in Norddeutschland durch Aufrufe, Flugblätter, Pressemitteilungen und Aktionsberichte. Der Betreiber des „Aktionsbüros“ ist der ehemalige Aktivist der 1995 verbotenen „Nationalen Liste“, Tobias Thiessen aus Norderstedt (Kreis Segeberg). „Das Aktionsbüro ist unabhängig und wird auf Eigeninitiative eines freien Einzelaktivisten betrieben“, heißt es auf der Internet-Seite. In dieser Beschreibung wird der Zwang deutlich, unter dem die Neonazi-Szene steht: sie muss alles vermeiden, was neue Organisationsverbote begründen könnte.

Als Kommunikations-Plattform dient die Internet-Seite:

> „WiderstandNord ist eine unabhängige informelle Netzstruktur für die Berichterstattung über nationale und soziale Bewegungen an der Basis des Widerstandes. WiderstandNord bietet freien politischen Projekten die Möglichkeit, diese Netzstruktur im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten als Plattform für kontinuierliche, verbindliche und revolutionäre Berichterstattung zu nutzen. (...) Über die bislang verfügbaren Projekte bei uns spiegeln sich relevante Aktivitäten des nationalen Widerstandes in Norddeutschland wider.“

Als Projekte werden neben dem „Aktionsbüro“ auch das „Freie Info-Telefon (FIT) Norddeutschland – Die Stimme des Freien Nationalen Widerstandes“, der „Arbeitskreis Mädelschar“ sowie unterschiedliche jeweils aktuelle Kampagnen benannt. Eine im Herbst gestartete Kampagne für Hamburg und das Hamburger Umland diente dem Bemühen, neue Interessenten für die „nationale Bewegung“ zu gewinnen – ein Zeichen dafür, dass der Neo-Nationalsozialismus zumindest in diesem Bereich sich selbst in einer unbefriedigenden Lage sieht. Unter der Überschrift „Nazis in Hamburg!“ wurde für ein politisches Engagement junger Menschen im „nationalen Widerstand“ geworben. Nazi sein heiße,

„politische Alternativen zu entwickeln, mit denen Deutsche ihre Zukunft frei und ohne fremde Einflüsse gestalten“ könnten.

Neben ideologisch interessiertem und einsatzwilligem Nachwuchs fehlt es den norddeutschen Neonazis derzeit aber auch an anerkannten Führungspersönlichkeiten. Thomas Wulff hat sich aus privaten Gründen weitgehend aus seinem Hamburger Kameradenkreis zurückgezogen. Christian Worch, ebenfalls aus Hamburg, wird zunehmend wegen seines „Demonstrationstourismus“ und wegen seiner Arroganz kritisiert. Ihm wird vorgeworfen, mehr und mehr den Bezug zur rechten Basis zu verlieren. Auf rechtsextremistischen Internet-Seiten wurde er als Heuchler und Egomane bezeichnet, der einen persönlichen Kreuzzug gegen die NPD führe. Als moralische Instanz der Szene könne er nicht mehr angesehen werden, da er versuche, mit – als Sachdiskussionsbeiträgen getarnten – Angriffen gegen die Führungsspitze der NPD lediglich persönliche Rachegelüste zu befriedigen, so die Vorwürfe. In den letzten Jahren hatte Worch die NPD immer wieder massiv angegriffen. Mitte 2000 hatte er die Verbindung zur NPD abgebrochen, nachdem er jahrelang mit der Partei zusammengearbeitet hatte. Zunächst hatte er von einer tiefgreifenden Störung der „Freien Nationalisten“ in ihrem Verhältnis zur NPD gesprochen, zu einem späteren Zeitpunkt wies er darauf hin, dass er seine Friedenspflicht gegenüber dem früheren Bündnispartner als beendet ansehe.

Die zahlreichen Versuche des NSAN und des „Aktionsbüros“, die norddeutsche Szene durch Aktionen und Kampagnen zu aktivieren und neu zu beleben, sind im Ergebnis wenig erfolgreich gewesen. Neben dem Mangel an unumstrittenen Führungspersonen und dem fehlenden Nachwuchs gab es auch kaum vermittelbare Themen, mit denen die zahlenmäßig starke Gruppe der lediglich anpolitisierten Szene-Angehörigen und subkulturellen Skinheads zur intensiveren politischen Arbeit hätte bewegt werden können. Diskussionen über ideologische Positionen und strategische Ziele fanden kaum statt. Einige wenige Einzelaktivisten bestimmten die ideologische und aktionistische Ausrichtung; die Szene entsprechend zu mobilisieren, gelang nur selten. Besonders deutlich wird der Zustand der neonazistischen Szene am Rückgang der Teilnehmerzahlen an rechtsextremistischen Kundgebungen und Demonstrationen.

Im Oktober setzte sich das „Aktionsbüro“ in einer Lageanalyse mit dem Demonstrationsgeschehen in der rechtsextremistischen Szene auseinander. Die Ursache für den Rückgang der Teilnehmerzahlen sei eine allgemeine „Demonstrationsmüdigkeit“ nach den vorangegangenen Jahren des „Demonstrationshochbetriebs“. Insbesondere die Praxis, zu einem aktuellen Thema zu demonstrieren, ohne sich vorher mit dem Demonstrations-Thema intensiver auseinander zu setzen, wurde kritisiert. Das Demonstrationsprocedere sei konzeptlos und verkomme zum reinen Selbstzweck, ohne Ausdruck einer eigenständigen Politikfähigkeit zu sein. Gefordert wurde „Demokultur statt Demotourismus“. Eine Demonstration müsse der Höhepunkt einer langen Kampagne für oder gegen ein Thema sein, zu dem sich der „Nationale Widerstand“ aus grundsätzlichen Erwägungen zu positionieren habe.

Als ein weiterer Ausweg aus der als Krise empfundenen Lage wird von Einzelnen die stärkere Betonung des „Spaßfaktors“ gesehen. Zunächst unpolitische Geselligkeit soll der ideologischen Arbeit vorausgehen, die Verknüpfung der beliebten Skinhead-Konzerte mit Demonstrationen soll die Mobilisierung erhöhen.

3.1.1 Neo-nationalsozialistische und subkulturelle „Kameradschaften“ in Schleswig-Holstein

3.1.1.1 „Kameradschaft Elbmarsch“

Der „Kameradschaft Elbmarsch“ gehören 20 bis 30 Skinheads und anpolitisierte Jugendliche, unter anderem aus Elmshorn, Uetersen, Tornesch und Wedel, an. Einige Kameradschaftsangehörige sind durch das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und/oder durch fremdenfeindlich motivierte Straf- bzw. Gewalttaten bei der Polizei aufgefallen.

In der „Kameradschaft“ gibt es ansatzweise Strukturen. So finden beispielsweise regelmäßige Treffen statt und man nimmt gemeinsam an überregionalen neonazistischen Demonstrationen teil. Das ideologische Rüstzeug erhalten die Kameradschaftsange-

hörigen auf politischen Schulungsveranstaltungen, die von führenden Neo-Nationalsozialisten, unter anderem dem Hamburger Christian Worch, durchgeführt werden.

Angehörige der „Kameradschaft“ haben Kontakte zu den „Freien Nationalisten“ in Norddeutschland, zu verschiedenen regionalen Personenzusammenschlüssen in Schleswig-Holstein und den angrenzenden Bundesländern, zu rechtsextremistischen Liedermachern und im Musikhandel tätigen Rechtsextremisten sowie nach Neumünster zum Szene-Treff „Club 88“. Neben der Teilnahme einzelner Kameradschaftsanhänger an überregionalen neonazistischen Demonstrationen, wie beispielsweise am 2. Februar in Bielefeld und am 8. Juni in Leipzig gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung, trat die „Kameradschaft“ fast geschlossen am diesjährigen „Heß-Gedenkmarsch“ auf. Mit einem kameradschaftseigenen Banner „Rudolf Heß – In unseren Herzen lebst Du weiter! – Kameradschaft Elbmarsch“ marschierten rund 20 Angehörige und Sympathisanten der „Kameradschaft“ durch Wunsiedel (Bayern). Für die Reise nach Wunsiedel war ein Bus von der „Kameradschaft“ angemietet worden.

Angehörige der „Kameradschaft“ trafen sich zuletzt häufig in einer Gaststätte in Tornesch (Kreis Pinneberg). Nach polizeilichen Maßnahmen im Herbst des Berichtsjahres steht dieser Treffort der „Kameradschaft“ nicht mehr zur Verfügung. Dies dürfte der Grund für eine von Worch angemeldete Demonstration in Uetersen gewesen sein. Am 18. Januar 2003 fand unter dem Tenor „Gegen Behördenwillkür!“ eine Demonstration statt, an der rund 150 Szene-Angehörige aus Norddeutschland teilnahmen.

3.1.1.2 Raum Geesthacht

Im Einzugsgebiet von Geesthacht (Kreis Herzogtum Lauenburg) ist seit Frühjahr 2001 ein regionaler Zusammenschluss bekannt, der sich nahezu ausschließlich aus rechtsextremistischen Skinheads zusammensetzt. Neben dem üblichen subkulturellen Verhalten (z. B. Besuch von Skinhead-Konzerten) sind Mitglieder der Gruppierung öffentlichkeitswirksam am 3. August in Kankelau (Fußball-Turnier norddeutscher rechtsextremistischer „Kameradschaften“, rund 80 Teilnehmer) sowie anlässlich eines „Arbeitseinsatzes“

(Hilfsaktion anlässlich der Hochwasserkatastrophe) vom 20. bis 22. August in Geesthacht in Erscheinung getreten.

3.1.1.3 Kiel

Der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene in Kiel gehörten 2002 rund 40 Personen an.

Der seit Sommer 2000 bekannten „Kameradschaft Kiel“ sind rund 15, vorwiegend neonationalsozialistisch geprägte Rechtsextremisten zuzurechnen, die teilweise Mitglied im Kreisverband Kiel/Plön der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) sind. Für die Kameradschaftsmitglieder stand 2002 die politische Arbeit in Form von Demonstrations-Teilnahmen und Unterstützungs-Aktionen (Sammeln von Unterstützer-Unterschriften, Flugblatt-Verteilungen, Info-Tische) für die NPD im Rahmen der Bundestagswahl im September im Vordergrund. Öffentlich werden Bezüge zum historischen Nationalsozialismus vermieden. Statt dessen wurden – in der Regel unter dem Deckmantel des NPD-Kreisverbandes oder unter der Bezeichnung „Nationale Jugend Kiel“ – tagespolitische Themen wie Sozial- und Arbeitspolitik, Bundeswehreinsätze im Ausland, Anti-Globalisierung aufgegriffen. Szeneintern gilt die „Kameradschaft“ aufgrund ihrer zahlreichen Beteiligungen bei Demonstrationen und Flugblatt-Verteilungen sowie Unterstützungen im Bereich der „Anti-Antifa-Arbeit“ als besonders aktiv. Die führenden Mitglieder der „Kameradschaft“ verfügen über regionale und überregionale Kontakte zu rechtsextremistischen Skinheads sowie zu führenden „Freien Nationalisten“ aus dem gesamten norddeutschen Raum.

Im Frühjahr 2002 gründete sich in der Landeshauptstadt eine weitere Gruppierung, die aus Mitgliedern der „Kameradschaft“ hervorgegangen ist. Gewaltbereite Skinheads sowie eine ständig wechselnde Zahl von zum Teil noch unpolitischen jugendlichen Mitläufern bilden das Potenzial dieses Personenzusammenschlusses. Statt der politischen Arbeit steht zunächst die Freizeitgestaltung im Vordergrund, das Angebot von Gemeinschaftsgefühl, von „Kameradschaft“ sowie die Bestätigung fremdenfeindlicher Grundstimmungen.

3.1.1.4 Neumünster/„Club 88“

Die Region Neumünster bildet weiterhin einen Schwerpunkt des neo-nationalsozialistisch orientierten Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Die Zahl der in Neumünster aktiv tätigen Rechtsextremisten liegt bei rund 20 Personen. Daneben gibt es ein Mobilisierungspotenzial von weiteren 40 bis 50 Personen, zu denen auch Gewaltbereite gehören.

Das Zentrum der rechtsextremistischen Aktivitäten bildet seit 1996 der „Club 88“. Zunächst diente er nur der Freizeitgestaltung der örtlichen rechtsextremistisch orientierten Subkultur. Durch Kontakte der Betreiberin zu Protagonisten der norddeutschen Neonazi-Szene ergaben sich regelmäßige Besuche von Angehörigen anderer örtlicher Szenen, insbesondere aus Kiel, Lübeck, Raum Segeberg und dem Hamburger Umland. Durch den wachsenden Bekanntheitsgrad folgten Besucher aus anderen Bundesländern. Die Einbindung in das neo-nationalsozialistische Netzwerk als „Projekt des Nationalen Widerstandes“ auf der Internet-Seite der norddeutschen „Freien Nationalisten“ erhöhte den Bekanntheitsgrad ab dem Jahr 2000 weiter. Maßgeblichen Anteil daran hat der NPD-Landesvorsitzende Peter Borchert, der als Sprecher des Clubs auftritt. Seine Aktivitäten für die NPD, als Redner auf zahlreichen Demonstrationen der „Freien Nationalisten“, aber auch als Kontaktperson zu Angehörigen der Subkultur sind exemplarisch für die Vernetzungsbemühungen der Szene. Der „Club 88“ hat insbesondere für die Angehörigen der rechtsextremistischen Subkultur einen hohen Symbolwert und wirkt durch seine Anziehungskraft als Multiplikator rechtsextremistischen Gedankengutes. Auch im Berichtsjahr machte der Club wieder durch zahlreiche Aktivitäten in der Szene auf sich aufmerksam.

Im Mittelpunkt stand der sechste Club-Geburtstag am 28. September. Hierzu wurde in einer für diesen Zweck angemieteten Neumünsteraner Fabrikhalle ein Skinhead-Konzert organisiert, an dem etwa 650 Personen teilgenommen haben. Wie schon in den vergangenen Jahren war wiederum eine nicht unerhebliche Anzahl der Teilnehmer aus allen Teilen des Bundesgebietes und teilweise auch aus dem europäischen Ausland angereist.

Daneben führte der „Club 88“ im Berichtsjahr weitere Aktionen mit unterschiedlicher Resonanz durch. Zu nennen sind insbesondere drei Liederabende mit jeweils rund 50

Besuchern. Sympathisanten des Clubs beteiligten sich bundesweit an verschiedenen Demonstrationen, so unter anderem auch gegen die „Wehrmachtsausstellung“ in Bielefeld am 2. März, am 8. Juni in Leipzig und am 12. Oktober in München. Am „1. Thüringen-Tag der nationalen Jugend“ in Jena am 1. Juni betrieben Club-Angehörige einen Info-Stand.

Zu den Bemühungen, die immer wieder angespannte Finanzlage des Clubs zu verbessern, gehörte die lange angekündigte und zum Jahresende 2002 erschienene „Club-88“-CD mit dem Titel „The very last Resort – Club 88 Neumünster“. Die von dem Lübecker Rechtsextremisten Jürgen Gerg herausgegebene Publikation „Die alternative Stadtzeitung“ warb in ihrer Dezember-Ausgabe bei ihren Lesern für den Kauf der CD mit den Worten „(...) ein rundherum gelungenes Machwerk junger nationaler Musikkultur“.

Borchert hat seine Absicht, sich mit einer Wählergemeinschaft „Liste Club 88“ an den Kommunalwahlen 2003 in Neumünster zu beteiligen, nicht verwirklicht. Er versuchte, diesen Misserfolg der Szene mit einem gegen ihn gerichteten angeblich willkürlichen Ermittlungsverfahren zu erklären.

Einzelne Personen des Umfeldes um den „Club 88“ lassen eine besondere Nähe zur Gewalt erkennen. Dies gilt auch für Borchert, der einschlägig vorbestraft ist, und zeigt sich ebenso in der Gründung (August 2002) eines so genannten Fitness-Vereins zur Vermittlung unterschiedlicher Kampfsportarten und -techniken.

3.1.1.5 „Kameradschaft Pinneberg“

Unter dem Einfluss insbesondere der „Freien Nationalisten“ aus dem Umfeld der Hamburger Neonazi-Szene hatte sich die „Kameradschaft Pinneberg“ in der Vergangenheit verfestigt und war in den Jahren 2000 und 2001 eine der aktivsten Gruppierungen in Schleswig-Holstein. Im Berichtsjahr war ihre Entwicklung rückläufig, einige Anhänger verließen die Gruppe. Derzeit gehören der „Kameradschaft“ rund zehn Skinheads und Neonazis aus Schleswig-Holstein und Hamburg an. Darüber hinaus verfügt sie über ein

Mobilisierungspotenzial von bis zu 25 Personen aus der Region. Anführer ist der Neonazi und Anhänger der verbotenen „Blood & Honour“-Bewegung, Klemens Otto.

Otto blieb nach seinem Umzug aus dem Kreis Pinneberg nach Neumünster im Herbst 2001 „Kopf“ der „Kameradschaft“. Seine Sympathien zur Szene um die „Hells Angels“ und zum „Rotlicht-Milieu“ stoßen bei seinen Anhängern und in der norddeutschen Szene auf unterschiedliche Akzeptanz. Seine Militanz – er ist Anhänger von „Combat 18“ (C 18), einer militanten Abspaltung der „British National Party“ – spaltet seinen Anhängerkreis.

Die Angehörigen der „Kameradschaft“ treffen sich sporadisch an unterschiedlichen Orten. Zu Beginn des Jahres organisierten Kameradschaftsangehörige verschiedene Musikveranstaltungen im Kreisgebiet. Nach außen trat die „Kameradschaft Pinneberg“ im Berichtsjahr deutlich weniger oft in Erscheinung als in den Vorjahren. Einzelne Kameradschaftsangehörige wurden auf überregionalen Demonstrationen festgestellt; unter anderem beteiligten sie sich an einer Flugblatt-Aktion in Hamburg-Eidelstedt am 2. März.

„Nationale Sozialisten aus Pinneberg“ führten am 23. Februar anlässlich des Todestages von Horst Wessel eine Trauerzeremonie mit Kranzniederlegung durch. Zur Feier anlässlich des vierjährigen Bestehens der „Kameradschaft Pinneberg“ kamen am 27. Juli rund 50 Szene-Angehörige aus dem Kreis Pinneberg, Kiel, Neumünster, Hamburg und Niedersachsen in die Pinneberger Bahnhofsgaststätte, die den Kameradschaftsanhängern seit Jahren immer wieder als Treffort dient. Gegen Otto wurden Anzeigen wegen Verstoßes gegen § 86 a Strafgesetzbuch und gegen § 37 Waffengesetz erstattet.

Zur Bundestagswahl hatten „Nationale Sozialisten“ über Internet und mit Flugblättern zum Wahlboykott im Kreis Pinneberg aufgerufen. Eine Initiative „Unsere Stimme nur für das Reich - Stimmt ungültig!“ gab zur Begründung an, dass die etablierten Parteien nicht die Interessen des deutschen Volkes verträten und dass das deutsche Volk in den Abgrund geführt werde. Nationale Werte und Eigenständigkeiten seien nach und nach

abgeschafft und somit der Weg in einen zionistischen „Eine-Welt-Staat“ geebnet worden. Politiker seien Marionetten der geheimen Oberen, die jegliches Vertrauen in der deutschen Bevölkerung verspielt hätten. Für „Nationale Sozialisten“ gebe es in Deutschland derzeit keine Partei, die wählbar wäre. Die Initiative zum Wahlboykott kam aus dem Umfeld der „Kameradschaft Pinneberg“. Im Kreisgebiet wurden nach Polizeiangaben weit über 100 Wahlplakate der demokratischen Parteien von unbekannten Tätern zerstört

Nach einer Meldung der neonazistischen Internet-Seite „widerstandnord.com“ gedachten am Abend des 9. November „Freie Kräfte aus dem Hamburger Umland den Opfern des 9.11.1923!“. Nach der Meldung sollen 25 bis 30 Personen mit schwarzen Trauerfahnen und Fackeln einen Kranz in Erinnerung an die Ereignisse des 9. November 1923 (Marsch auf die Feldherrnhalle in München) niedergelegt haben. Die Aktion dürfte auf Initiative einiger Anhänger der „Kameradschaft“ zurückzuführen sein. Die Polizei stellte am Ehrenmal in Halstenbek (Kreis Pinneberg) den mit SS-Runen versehenen Kranz sicher.

Die im Kreisgebiet im Jahr 2002 festgestellten Straftaten, unter anderem Hakenkreuzschmierereien, Sprühen/Ritzen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und des Kürzels „C 18 PI“ sowie fremdenfeindliche Parolen belegen, dass die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene im Kreis Pinneberg anhalten.

3.1.1.6 Rendsburg

Die gewaltbereite Szene in Rendsburg sowie in den angrenzenden Gemeinden entwickelte sich 2002 zu einem weiteren Schwerpunkt. Im Einzugsgebiet von Rendsburg hat die Kameradschaft „Weißer Wolf“ die regionale rechtsextremistische Jugend-Szene, die bislang aus diffusen Jugend-Cliquen bestand, zusammengeführt. Öffentlichkeitswirksam in Erscheinung traten Mitglieder der „Kameradschaft“ z. B. anlässlich einer Flugblatt-Verteilung zum Thema „Abtreibung“ am 26. Januar in Rendsburg (gewalttätige Auseinandersetzung mit mutmaßlichen Linksextremisten) und anlässlich einer Skinhead-Feier am 25. Mai in Osterrönfeld. Kontakte der führenden Rendsburger bestehen

insbesondere zu Kieler Aktivisten, mit denen Ende August am Strand in Kiel-Friedrichsort eine Feier mit Beteiligung einer rechtsextremistischen Liedermacherin aus Süddeutschland durchgeführt wurde. Die Veranstaltung besuchten rund 80 Personen. Die Gewaltaffinität einzelner Kameradschaftsmitglieder ist als hoch zu bewerten. Neben verbaler Gewalt in Form von Bedrohungen und Volksverhetzungsdelikten wurde auch körperliche Gewalt durch einzelne Kameradschaftsangehörige ausgeübt. Am 24. Februar wurden beispielsweise in Rendsburg zwei Ausländer Opfer eines Überfalls einer sechs- bis achtköpfigen Skinhead-Gruppe, im Herbst 2002 wurden zwei gewalttätige Auseinandersetzungen mit Übersiedlern aus Russland bekannt.

3.1.1.7 Lübeck

In der Lübecker Szene haben sich deutliche Veränderungen ergeben. Der durch die dortige Skinhead-Szene dominierte „Kameradschaftsbund Lübeck“, der auch als „White Power Skins Lübeck“ auftrat, existiert nicht mehr. Aus Kreisen des vollständig neonationalsozialistisch dominierten Kreisverbandes Lübeck der NPD gründete sich Anfang des Jahres die „Freie Kameradschaft Lübeck“. Durch zahlreiche Aktionen versuchte sie, ihre Basis durch Kontakte zur Subkultur-Szene zu erweitern. Inhaltliche Schwerpunkte waren revisionistische Themen. Anlässlich einer Aktion zu Ehren eines SA-Mannes nannte sich die „Freie Kameradschaft“ in „Kameradschaftsbund Rudolf Brüggmann“ um. Bei einer anderen Aktion firmierte dieser Kreis auch unter dem Namen „Antirepressionsbüro im Freien Nationalen Widerstand Lübecks“. Das letzte Projekt aus diesem Kreis war das für die Beteiligung an der Kommunalwahl 2003 in Lübeck gegründete „Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck“ (siehe dazu unter Nr. II 3.2.1.3). Diese Organisation wurde durch das Innenministerium am 7. März 2003 verboten.

3.1.2 „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS)

Der am 1. Mai 1999 gegründete KDS bezeichnet sich als partei- und organisationsunabhängiger Zusammenschluss auf der Basis des Bekenntnisses zu Volk und Heimat und lässt seine Absicht zur Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung offen erkennen:

> „Wir wollen keine Reformation dieses Systems, keine aufgemotzte Demokratie. Nein, wir sind angetreten, die neue Ordnung zu verwirklichen! Wir wollen die wahre Volksgemeinschaft. Kompromisse wird es mit uns keine geben! Unser Glaube an Deutschland, unser Bekenntnis zur Freiheit, werden uns dereinst in eine strahlende Zukunft führen! Deutschland ist jedes Opfer wert!“

Weiteres Ziel ist, nach der

> „erfolgten Annäherung ‚rechter‘ und ‚linker‘ Sozialisten die Bündelung revolutionärer, sozialistischer Energien und Gedanken herbeizuführen und als Kampfbund das zu erreichen, was für jeden Einzelnen von uns unerreichbar wäre: ein politischer Faktor in diesem Land zu werden.“

Zunächst konstituierte sich im Sommer 1999 in Köln der Landesverband Nordrhein-Westfalen. Wenngleich der KDS im neo-nationalsozialistischen Spektrum nur eine untergeordnete Rolle spielt, gelang es Führungsaktivisten, einen so genannten Stützpunkt auch in Schleswig-Holstein zu errichten. Die Publikation des KDS ist die Schrift „Der Gegenangriff“. Unter anderem aus einer darin veröffentlichten so genannten schwarzen Mitgliederliste, in der rund 40 säumige Zahler namentlich veröffentlicht werden, ergibt sich, dass dem „Stützpunkt Neumünster“ mindestens sechs Rechtsextremisten aus Schleswig-Holstein angehören. Von diesem im April errichteten „Stützpunkt“ berichtet der „Gegenangriff“, dass dieser „seit seinem Bestehen vorbildliche Aktivitäten“ entfalte. Weiter heißt es:

> „Außer den wöchentlich stattfindenden Kameradschafts- und Schulungsabenden führte der Stützpunkt eine Kranzniederlegung zum 11. Todestag unseres unvergessenen Chefs Michael Kühnen (Anmerkung: 1991 verstorbener Gründer der 1989 verbotenen „Nationalen Sammlung“) auf dem Soldatenehrenmal Neumünster durch und verbreitete massenhaft Material in den Rudolf-Heß-Wochen (u. a. diverse Transparente und 2.000 Heß-Aufkleber). Die beispielhafte Aktivität des Stützpunktes Neumünster fand bereits Eingang in die regionalen Medien (...).“

Im Oktober wurde in der Gemeinde Wasbek (Kreis Rendsburg-Eckernförde) umfangreich KDS-Propagandamaterial „Gegen die Kriegspolitik der USA! Hände weg vom Irak!“ verklebt. Ebenfalls dem „KDS-Stützpunkt Neumünster“ zuzurechnen sind in

der Umgebung von Neumünster verklebte Aufkleber einer „Kameradschaft Köln/Walter Spangenberg“, die zum KDS gehört.

Im Laufe des Berichtsjahres ist der KDS auf Bundesebene insbesondere durch seine antiisraelische und antisemitische Einstellung sowie seine Solidaritätsbekundungen für den Irak aufgefallen, siehe dazu unter Nr. II 2.3.2.

3.1.3 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die 1979 gegründete HNG ist die mitgliederstärkste neo-nationalsozialistisch ausgerichtete Organisation. Dem überregional tätigen Verein gehören rund 600 Mitglieder an, davon unverändert 25 aus Schleswig-Holstein. Ein Großteil der Mitglieder ist auch in andere rechtsextremistische Organisationen sowie bei den „Freien Kameradschaften“ eingebunden. Mit der materiellen und ideologischen Betreuung von Inhaftierten versucht die HNG, die Gesinnungsgenossen auch während der Haft in der rechtsextremistischen Szene zu halten. Die Betreuung geschieht hauptsächlich durch die Zusendung der mit einer Auflage von rund 700 Exemplaren erscheinenden Monatszeitschrift „Nachrichten der HNG“. Diese enthält neben verschiedenen Artikeln und Leserbriefen auch Ratschläge für das Verhalten gegenüber Polizei und Justiz sowie eine Gefangenenliste.

Der Gefangenenliste wird seit 1990 ein Bild des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß als „Märtyrer des Friedens und Symbol der unterdrückten Freiheit in Deutschland“ vorangestellt, offensichtlich, um den Inhaftierten ebenfalls das Gefühl von Märtyrern zu geben. Die Liste soll sowohl eine angebliche politische Verfolgung dokumentieren als auch den Kontakt zu den „Nationalen Gefangenen“ ermöglichen. In der Gefangenenliste sind auch Rechtsextremisten aus Schleswig-Holstein aufgeführt. Die Einbindung der inhaftierten Rechtsextremisten in die Szene wird durch den Abdruck ihrer Leserbriefe erreicht.

Im Herbst 2002 wurde die Internet-Seite der HNG nach etlichen Monaten wieder aktualisiert. Provider ist der amerikanische Rechtsextremist Gary Rex Lauck. Mit einer Laufschrift wird für ein Abonnement der „Nachrichten der HNG“ oder eine Mitgliedschaft ge-

worben. In den vorangestellten „Allgemeinen Bedingungen“ heißt es, „Journalisten, Polizisten, Staatsangestellten, Anhängern der Antifa und links-orientierten Menschen“ sei das Betreten der Internet-Seite verboten.

Am 23. März führte die HNG in Hessisch Lichtenau (Hessen) ihre jährliche Jahreshauptversammlung durch. Von den rund 300 Teilnehmern, darunter einige wenige aus Schleswig-Holstein, waren 75 % rechtsextremistische Skinheads. Der bisherige Vorstand mit der Vorsitzenden Ursula Müller (Mainz) wurde bis auf eine Veränderung bestätigt.

3.2 Parteien

3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die Mitgliederzahl der NPD ist bundesweit gegenüber dem Vorjahr um 400 auf nunmehr 6.100 gesunken. Trotz des beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verbotsverfahrens ist die Partei von ihren auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten Zielen nicht abgerückt.

3.2.1.1 Fortsetzung des strategischen Drei-Säulen-Konzeptes

Die NPD setzte ihr bereits 1997 beschlossenes strategisches Drei-Säulen-Konzept fort, das den „Kampf um die Straße“ (Massenmobilisierung), den „Kampf um die Wähler“ (Einzug in die Parlamente) und den „Kampf um die Köpfe“ (Ideologie) umfasst. Dabei kooperierte sie weiterhin trotz zunehmender Ablehnung des Bundesvorstandes durch neo-nationalsozialistische Kräfte mit diesen. So führte die NPD wiederum Demonstrationen zum 1. Mai durch; zu regionalen Veranstaltungen in Berlin, Dresden, Fürth, Göttingen, Ludwigshafen und Mannheim mobilisierte sie über 3.000 Teilnehmer. 2001 wurden allerdings noch 4.400 Teilnehmer gezählt. Bereits in den Vorjahren war es der NPD insbesondere beim Thema „Wehrmachtsausstellung“ gelungen, zahlreiche Neo-Nationalsozialisten für Demonstrationen zu mobilisieren. Hieran anknüpfend organisierte sie am 2. Februar in Bielefeld eine entsprechende Demonstration, an der 1.700 Personen teil-

nahmen. Am Rande dieser Demonstration kam es zu parteiinternen Auseinandersetzungen, als der aus der NPD ausgeschlossene Anführer der neo-nationalsozialistisch orientierten innerparteilichen Opposition, Steffen Hupka (Sachsen-Anhalt), versuchte, das Wort zu ergreifen, wogegen andere NPD-Anhänger Sprechchöre skandierten. Die wachsenden Spannungen zwischen Neo-Nationalsozialisten und NPD wurden insbesondere am 8. Juni in Leipzig deutlich, als dort sogar zeitgleich Konkurrenz-Demonstrationen von NPD und Neo-Nationalsozialisten stattfanden. Die Spannungen haben ihren Grund in unterschiedlichen Vorstellungen zur politischen Strategie. Die Neo-Nationalsozialisten wollen die NPD auf einen aktionistischen Kurs bringen. Ernsthafte ideologische Differenzen gibt es nicht.

Der so genannte Kampf um die Wähler blieb für die NPD weiterhin erfolglos. Bei der Bundestagswahl erreichte sie 0,4 % der Wählerstimmen und konnte damit nur um 0,1 % zulegen. Damit scheiterte sie am selbst gesetzten Minimalziel, mit 0,5 % der Wählerstimmen wenigstens in den Bereich der Wahlkampfkosten-Erstattung zu kommen. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September erreichte die NPD 0,8 % und verlor gegenüber der letzten Landtagswahl 0,3 %.

Der „Kampf um die Köpfe“ wurde überwiegend mit Hilfe der Partei-Publikation „Deutsche Stimme“ geführt. In der Ausgabe 4/2002 propagierte der Leiter des Arbeitskreises „Volk und Staat“ beim NPD-Parteivorstand, Jürgen Schwab, erneut das Modell einer autonomen „Gegengesellschaft“ durch „national befreite Zonen“. Die autonome „Gegengesellschaft“ werde sich dem staatlichen Zugriff entziehen und langfristig als Brückenkopf für eine gesamtpolitische Umgestaltung dienen. Des Weiteren trat Schwab für regionale Schutzräume ein, in denen „nationale Bürger“ unbehelligt leben könnten. Die totalitäre Gesellschaft habe den Staat erobert und führe ihren Vernichtungskampf nicht nur gegen die Mitglieder der NPD, sondern darüber hinaus gegen einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung. Damit werde das von dem politischen Philosophen Thomas Hobbes geforderte Gewaltmonopol des Staates untergraben; seine nun ungeschützten Bürger schuldeten ihm somit auch keinen Gehorsam mehr. „National befreite Zonen“, wie sie sich in „Mitteldeutschland“ bereits bildeten, böten den vom Staat nicht gewährten Schutz.

3.2.1.2 Bundesparteitag festigte die Position des Parteivorsitzenden Udo Voigt

Auf dem 29. Bundesparteitag der NPD am 16./17. März in Königslutter (Niedersachsen) wurde Udo Voigt mit 155 von 207 Stimmen in seinem Amt bestätigt. Damit setzte er sich deutlich von seinem Widersacher, dem früheren NPD-Vorsitzenden Günter Deckert, ab, für den lediglich 42 Delegierte votierten. Voigt kündigte in seinem Rechenschaftsbericht eine offensivere Auseinandersetzung mit der „herrschenden politischen Klasse“ in Deutschland an. Es bestehe, so Voigt, kein Zweifel, dass die Partei gestärkt aus dem Verbotsverfahren hervorgehen werde. Seine Position in der NPD stellt sich nach dem Bundesparteitag insofern als gefestigt dar, dass er keine ernst zu nehmenden Kritiker im neuen Bundesvorstand mehr hat. Seit dem Bundesparteitag sind die oppositionellen neo-nationalsozialistisch orientierten Kräfte, die vorher versucht hatten, ein Konzept zur Ablösung des bisherigen Parteivorstandes zu erarbeiten, gescheitert. In dieser Gruppe der Gescheiterten spielten die neo-nationalsozialistischen Kräfte des schleswig-holsteinischen NPD-Landesverbandes eine herausragende Rolle.

3.2.1.3 Rückläufige NPD-Aktivitäten in Schleswig-Holstein

Die Aktivitäten des schleswig-holsteinischen Landesverbandes gingen nach dem Debakel auf dem Bundesparteitag erkennbar zurück. Abgesehen von einigen regionalen Ausnahmen war auch beim Bundestagswahlkampf das schwindende Interesse der hiesigen Neo-Nationalsozialisten an der Partei deutlich erkennbar. Symptomatisch hierfür war auch die Aufgabe der Internet-Präsenz. Die Seite wurde nicht weiter gepflegt. Erst Ende des Jahres wurde diese Aufgabe von nicht neo-nationalsozialistisch dominierten Kreisverbänden übernommen. Weder der Landesvorsitzende der NPD, Peter Borchert, noch sein Landesgeneralsekretär Jürgen Gerg ließen ein Engagement für die NPD erkennen. Borchert beschränkte sich auf neo-nationalsozialistische Aktivitäten, während Gerg sich vorrangig für ein neo-nationalsozialistisches Kameradschaftsprojekt in Lübeck engagierte und sich mit einem „Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck“ auf die Beteiligung an der Kommunalwahl 2003 vorbereitete.

Dementsprechend entwickelte sich auch die Mitgliederzahl des schleswig-holsteinischen Landesverbandes, die von etwa 150 auf 130 noch weiter zurückging.

3.2.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

Die DVU ist zwar weiterhin die größte rechtsextremistische Organisation in Deutschland, jedoch ging ihre Bedeutung im Berichtsjahr weiter zurück. Ihre Mitgliederzahl sank auf Bundesebene von 15.000 auf 13.000; in Schleswig-Holstein ging sie von 600 auf etwa 500 zurück. Der DVU-Gründer Dr. Gerhard Frey (München) ließ sich auf dem Bundesparteitag am 12. Januar in München wie gewöhnlich als Parteivorsitzender bestätigen. Bereits auf dieser Veranstaltung kündigte Frey an, die Partei werde nicht an der Bundestagswahl teilnehmen. Dieser Verzicht war aufgrund der bei vorangegangenen Wahlen deutlich gewordenen gegenwärtigen Schwächephase der DVU zu erwarten, da die Partei erfahrungsgemäß immer nur dort antritt, wo sie realistische Chancen auf einen Einzug in die Parlamente sieht. Dementsprechend wurde von Dr. Frey auch auf die Teilnahme an der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April verzichtet. Ein deutlicher Hinweis für den Bedeutungsverlust der DVU ist auch der Verzicht auf die traditionelle Kundgebung in der Passauer Nibelungenhalle.

In Schleswig-Holstein ist die DVU kaum strukturiert. Die Aktivitäten beschränken sich im Wesentlichen auf das Abhalten so genannter Stammtische, für die im publizistischen Sprachrohr der DVU, „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (DNZ), und auf der Internet-Seite der DVU geworben wird. Zur politischen Agitation, die hauptsächlich durch Antisemitismus und Revisionismus gekennzeichnet ist, bedient sich die DVU nahezu ausschließlich der DNZ. Wie andere rechtsextremistische Gruppen nutzt auch die DVU insbesondere den Nahost-Konflikt, um ihre ideologisch begründeten antisemitischen Vorstellungen hinter einer angeblich völkerrechtlichen Argumentation zu verbergen.

3.2.3 „Die Republikaner“

Auch die Entwicklung der „Republikaner“ war bundesweit weiter rückläufig. Ihre Mitgliederzahl sank nochmals um 1.500 und liegt nun bei 9.000 Personen. In Schleswig-Holstein gehören der Partei weiterhin rund 100 Personen an. Dieser Abwärtstrend entspricht einer lang anhaltende Serie von Wahlniederlagen. Nach dem Ausscheiden aus dem Baden-Württembergischen Landtag im Jahre 2001 verloren die „Republikaner“ auch in ihrem einstigen Stammland Bayern bei der Kommunalwahl 2002 weiter an Boden. Mit 1,1% lagen sie 0,7 Prozentpunkte hinter dem Ergebnis der vorangegangenen Wahl. Bei der Bundestagswahl war die Partei mit 14 Landeslisten sowie mit Direktkandidaten in sieben Ländern angetreten. Sie erreichte 0,6 %. Das brachte sie zwar in den Bereich der Wahlkampfkosten-Erstattung, jedoch büßte sie gegenüber der vorangegangenen Wahl mehr als zwei Drittel ihrer Zweitstimmen ein. In Schleswig-Holstein erreichte sie sogar nur 0,1%. Das Wahlergebnis spiegelt die Bedeutung der „Republikaner“ in Schleswig-Holstein wider; öffentliche Aktivitäten konnten hier nicht beobachtet werden.

3.3 Sonstige

3.3.1 „Bündnis Rechts“ (BR)

Im Jahr 2002 setzte das Lübecker „Bündnis Rechts“ seine aus den Vorjahren bekannten, wenig erfolgreichen Aktivitäten als rechtsextremistisches Sammlungs- und Informationsprojekt fort. Neben der Publikation „Lübscher Aufklärer“ wurde insbesondere die mit Unterstützung des US-amerikanischen Rechtsextremisten Gary Rex Lauck betriebene eigene Internet-Seite zur Propagierung der rechtsextremistischen Ziele genutzt. Der Bündnis-Gründer Dieter Kern bespricht darüber hinaus wöchentlich sein „Nationales Info-Telefon“. Mitglieder und Sympathisanten führten regelmäßig so genannte Stammtische mit einem Teilnehmerkreis von bis zu 20 Personen durch, um auf regionaler Ebene den Anhängerkreis zu erweitern.

Kern selbst wurde von seinem Arbeitgeber, der Hansestadt Lübeck, wegen seiner Äußerungen im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 11. September 2001 im Frühjahr 2002 gekündigt. Er hatte die Terroranschläge kommentiert und als längst überfällige Befreiungsaktion und Folge einer Politik bezeichnet, welche die Völker durch Sanktionen für die Interessen einer zionistischen Oligarchie in die Knie zwingen wolle. Das Bundesarbeitsgericht hat mittlerweile die Rechtmäßigkeit dieser Kündigung letztinstanzlich bestätigt.

Das im rechtsextremistischen Lager zunehmend isolierte Bündnis erfuhr im Sommer durch das Engagement des ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Ingo Stawitz Unterstützung, als dieser für Pressemitteilungen verantwortlich zeichnete. Stawitz hatte bereits 1997 das ursprünglich auf neo-nationalsozialistische Initiative für die Beteiligung an der Kommunalwahl 1998 gegründete „Bündnis Rechts für Lübeck“, aus dem später das jetzige „Bündnis Rechts“ hervorging, maßgeblich unterstützt.

Erwartungsgemäß wurde im Rahmen einer Mitgliederversammlung im November beschlossen, wiederum bei der Kommunalwahl anzutreten. Dadurch stand das Bündnis erstmals in offener Konkurrenz zu den Lübecker „Freien Nationalisten“ um Jürgen Gerg, der mit seinem offen neo-nationalsozialistisch geprägten „Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck“ offenbar ebenfalls an den Wahlerfolg des „Bündnis Rechts für Lübeck“ aus dem Jahre 1998 anknüpfen wollte. Am 24. Oktober eskalierte der Konflikt, als Kern die zu einem „Stammtisch“ seiner Gruppe erschienenen Neo-Nationalsozialisten um Gerg des Saales verwies. Gerg kommentierte diese Eskalation im Internet mit dem Hinweis, dass man sich fragen müsse, ob solch eine Person wie Kern überhaupt noch dem „Nationalen Widerstand“ zugehörig sein könne. Die Äußerung zeigt die Zerstrittenheit der Szene auch in Lübeck und im neo-nationalsozialistischen Lager.

BR-Mitglieder und -Sympathisanten nahmen an zahlreichen Demonstrationen teil, so z. B. am „Trauermarsch zum Gedenken der Bombardierung Lübecks“ am 30. März in der Lübecker Innenstadt und weiteren Veranstaltungen, die zum großen Teil auch außerhalb von Schleswig-Holstein stattgefunden haben. Erwähnenswert sind hier insbesondere die Teilnahme an einer Demonstration in Leipzig am 8. Juni, die unter dem

Motto „Ruhm und Ehre den deutschen Wehrmachtssoldaten“ stand, sowie an der „Heß-Demonstration“ in Wunsiedel (Bayern) am 17. August. Daneben trat Kern als Anmelder einer Demonstration in Rostock am 31. August auf, die unter dem Motto „Gegen politische Verfolgung – Freiheit für Manfred Roeder“ durchgeführt wurde.

Neben der Teilnahme an Demonstrationen konzentrierte sich das Interesse der BR-Verantwortlichen in der Hauptsache auf Kritik an der Neuauflage der „Wehrmachtsausstellung“ und auf antiamerikanische Agitation.

4 Verlage

Die Zahl der rechtsextremistischen Verlage hat sich in Schleswig-Holstein auf drei verringert. Die größte Bedeutung hat weiterhin der „ARNDT-Buchdienst/Europa-Buchhandlung“ in Martensrade (Kreis Plön). Wie schon in den vergangenen Jahren besteht ein großer Teil des vom Verlag angebotenen Buch- und Videomaterials weiterhin aus Eigenproduktionen, wobei neben der Literatur mit revisionistischem, zeitgeschichtlichem und politischem Bezug besonders das Angebot an CDs in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut wurde. Unter anderem bietet der Verlag eine Vielzahl von Veröffentlichungen des rechtsextremistischen Liedermachers Frank Rennicke und CDs der bekanntesten Skinhead-Bands an. Auf diese Weise versucht der Verlag offensichtlich, sich auch dem „jungen“ Publikum als Lieferant rechtsextremistischer Musik anzudienen. Darüber hinaus werden Videos mit Reden bekannter Rechtsextremisten ebenso angeboten wie eine Vielzahl von Ansteckern, die regelmäßig mit nationalistischen Symbolen versehen sind, darunter auch solchen, die denen verbotener Organisationen ähneln.

Dietrich Bohlinger, jetziger Inhaber des „Verlages für ganzheitliche Forschung und Kultur“ mit Sitz in Viöl (Kreis Nordfriesland), führt die Geschäfte seines Vaters Roland Bohlinger, dem die weitere Gewerbeausübung wegen Unzuverlässigkeit untersagt wurde, nahezu unverändert weiter. Neben dem Betrieb in Viöl betreibt Dietrich Bohlinger in Süderbrarup (Kreis Schleswig-Flensburg) als weiteres Gewerbe den „Verlag Freiland“. Dieser verlegt ebenfalls Nachdrucke von Büchern und Broschüren mit völkischem und

nationalsozialistischem Tenor sowie verschiedene Publikationen von Roland Bohlinger. Wie auch schon im Vorjahr wurden verschiedene Nachdrucke als Ansichtsexemplare bundesweit versandt. Im Rahmen einer Durchsuchung der Wohn- und Geschäftsräume am 12. November wurden unter anderem 35 Exemplare des Buches „Jüdischer Imperialismus“ wegen des Verdachts der Volksverhetzung sichergestellt. Roland Bohlinger hat daraufhin wie schon im Jahre 2000 in einem Rundschreiben bei seinen Kunden um Spenden zur Finanzierung eines möglichen Verfahrens gebeten.

Die in Stafstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde) ansässige „Versandbuchhandlung Gisela Stiller“ beschränkt sich nahezu ausschließlich auf den Vertrieb von Publikationen des „Verlages Hohe Warte“ und hier schwerpunktmäßig auf die Halbmonatsschrift „Mensch und Maß“, die das antiparlamentarisch und rassistisch, insbesondere antisemitisch geprägte Gedankengut der Mathilde Ludendorff mittels wechselnder Autorenschaft verbreitet. Der das Ludendorffsche Gedankengut vertretende „Bund für Gotterkenntnis“ ist auch 2002 in Schleswig-Holstein nicht mehr erkennbar aktiv gewesen.

Die bisher in Burg (Kreis Dithmarschen) ansässige „Mediengemeinschaft Nord Verlagsgemeinschafts- und Verlagsauslieferungs GmbH“ (früher „Verlag Tim Schatowitz“) hat im Herbst die Geschäftstätigkeit eingestellt und ein Insolvenzverfahren eingeleitet.

Insgesamt waren die Aktivitäten der schleswig-holsteinischen Verlage leicht rückläufig.

*5 Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2000 bis 2002 **

	2000	**2001**	**2002**
NPD/JN	220	150	130
DVU	700	600	500
„Die Republikaner“	100	100	100
Sonstige			
• nicht neo-nationalsozialistische Rechtsextremisten	50	50	60
• überwiegend neo-nationalsozialistisch orientierte Rechtsextremisten	20	80	70
Gewaltbereite, insbesondere Skinheads	360	470	550
Gesamt Land	**1.450**	**1.450**	**1.410**
Gesamt Bund	**50.900**	**49.700**	**45.000**

* Nach Abzug so genannter Doppelmitgliedschaften

III. Linksextremismus

1 Überblick

Die Gesamtzahl der Anhänger im Bereich des Linksextremismus ging bundesweit auf 31.100 (Vorjahr: 32.900) Personen leicht zurück. Die darin enthaltene Zahl der gewaltbereiten Autonomen verringerte sich von 6.000 auf 5.000. In Schleswig-Holstein zeigte sich dieser Trend bisher nicht. Hier hat sich die Anzahl der Linksextremisten mit insgesamt rund 860, davon rund 360 gewaltbereite Autonome, gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Auch in diesem Berichtsjahr entstanden wiederum bundesweit Sachschäden in Millionenhöhe durch die zerstörerischen Aktionen autonomer „Zusammenhänge“. In Schleswig-Holstein waren größere Schadensereignisse nicht zu verzeichnen. Allerdings war die inzwischen in Betrieb genommene Abschiebe-Haftanstalt in Rendsburg Ziel eines versuchten Brandanschlages.

Die von einer „militanten gruppe (mg)" vermutlich aus dem Berliner Raum im Vorjahr angestoßene Debatte um Formen und Inhalte „militanter und bewaffneter Politik" wurde fortgeführt und fand teilweise Zustimmung durch andere militante autonome Gruppen. In Schleswig-Holstein wurde die Diskussion nicht erkennbar aufgenommen. Allerdings hat sich in Hamburg und im Hamburger Umland eine militante „Autonome Zelle ‚in Gedenken an Ulrike Meinhof“ in den letzten Jahren offensichtlich verfestigt. Auf ihr Konto geht eine Reihe von Anschlägen mit Sachschäden auch auf schleswig-holsteinischem Gebiet.
Nennenswerte Aktivitäten von antiimperialistisch und internationalistisch ausgerichteten Bestrebungen sind nicht zu verzeichnen gewesen. Insbesondere hat die norddeutsche „Kurdistan-Solidarität“, an der Schleswig-Holsteiner beteiligt waren, weiter an Bedeutung verloren.

Der autonome Globalisierungs-Protest weitete sich entgegen der Erwartung aus dem Vorjahr nicht aus. Auch kam es in diesem Bereich zu keiner weiteren Steigerung ge-

walttätiger Ausschreitungen. Für schleswig-holsteinische Linksextremisten hat das Aktionsfeld „Anti-Rassismus" aktuell durch die in Rendsburg in Betrieb genommene Abschiebe-Haftanstalt an Bedeutung gewonnen.

2 Organisationen und Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums

2.1 Autonom-anarchistische Szene

2.1.1 Potenzial und örtliche Schwerpunkte

Die autonome Szene ist eine heterogene Bewegung, orientiert an diffusen anarchistischen und kommunistischen Ideologie-Fragmenten. Gemeinsame Grundlage ist der Widerstand gegen die so genannten bürgerlichen und kapitalistischen Herrschaftsstrukturen. Ansonsten zerfällt die Szene in unterschiedliche Strömungen, die von aktionistischen „Zusammenhängen“ bis zu stärker organisierten politischen Gruppen reichen. Bundesweit ist die Zahl der dem militant-autonomen Spektrum zuzurechnenden Personen im Vergleich zum Vorjahr von rund 6.000 auf rund 5.000 zurückgegangen. Die Ursache für diesen Rückgang liegt darin, dass Szene-Abgänge nicht durch Nachrücker ausgeglichen werden. Ein durchaus vorhandenes jüngeres Sympathisanten-Umfeld ist offenbar nur an Gewalt interessiert, nicht aber an einer festen Einbindung in die linksextremistisch unterlegte autonome Szene. Bei Anlässen für Gewaltaktionen könnten die Sicherheitsbehörden daher mit noch unübersichtlicheren Szenarien als bisher konfrontiert werden. Entsprechende Entwicklungen haben sich bereits insbesondere in Berlin und Hamburg gezeigt.
In Schleswig-Holstein ist die Anzahl gewaltbereiter Autonomer entgegen dem Bundestrend unverändert und liegt bei rund 360. Dies ist darauf zurückzuführen, dass 2002 alle relevanten linksextremistischen Aktionsfelder im Lande aktuelle Bedeutung hatten. Auch sind vermehrt Aktivitäten einiger jüngerer Gruppen aus kleineren Orten mit ihren Orientierungen zu den Zentren festzustellen. Die örtlichen Schwerpunkte liegen weiterhin in Kiel mit seinem landesweit führenden vielfältigen Spektrum, der verstärkten eigenständigen Szene in Flensburg, dem Hamburger Randgebiet mit seinen Bezügen nach Hamburg sowie in Neumünster und Lübeck. Die Handlungsfähigkeit war jedoch in einigen

Bereichen durch die szenetypische Beschäftigung mit sich selbst und internen Problemen eingeschränkt.

2.1.2 Strategien

2.1.2.1 Bündnisbestrebungen

Zum strategischen Repertoire gehört, dass Teile der autonomen Szene versuchen, ihre schmale Aktionsbasis von Fall zu Fall durch ein begrenztes Zusammengehen mit demokratischen Kräften zu verbreitern und ihre Einflussmöglichkeit dadurch zu erhöhen.

In Schleswig-Holstein propagiert in erster Linie die autonome Gruppe „Avanti - Projekt undogmatische Linke" die Bündnisbildung zwischen extremistischen und demokratischen Personen und Organisationen. Nach einigen kleineren Erfolgen in den vergangenen Jahren zeigte sich jedoch im Berichtsjahr, dass dieses Konzept von „Avanti" enge Grenzen hat. Mit einer aufwändigen Mobilisierung sollte eine breite Bewegung mit möglichst vielen Teilnehmern zu Protesten gegen den EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember angeregt werden. Durch eine moderate, auf Gewalt verzichtende Demonstrationsstrategie sollten Organisationen des demokratischen Bereichs gewonnen und gleichzeitig das autonome Spektrum eingebunden werden. Letztlich fühlten sich aber beide Bereiche von dieser Strategie nicht angesprochen.

2.1.2.2 Gewalt als Mittel zur Verfolgung politischer Ziele

Bei aller Heterogenität sind sich Autonome in der Bereitschaft einig, zur Durchsetzung politischer Ziele auch Gewalt anzuwenden. Sie rechtfertigen diese als angeblich erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt" eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung". Ihr Selbstverständnis wird von bundesweiten Kommunikationsstrukturen geprägt, die in die gesamte Szene hineinwirken und zu bestimmten Aktionen Teilnehmer in allen Bundesländern mobilisieren können.

Exemplarisch kann für das Berichtsjahr die Gewaltgeneigtheit „autonomer Politik" vor dem Hintergrund der Protestaktionen gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten Bush am 22./23. Mai in Berlin aufgezeigt werden:
Ein „autonomes Vorbereitungsbündnis" äußerte sich in einem Aufruf über das Internet wie folgt und erreichte damit auch die Szene in Schleswig-Holstein:

> „(...) damit die dezentralen Aktionstage auch dezentrale Aktionstage werden und viele kleine Dinge laufen, die alle zusammen Sand im Getriebe sind. (...) Egal, ob kreativ, direkte Aktionen, Blockaden, Sabotagen, pinksilver oder militant – wichtig ist der Widerstand."

Tatsächlich kam es dann im Schutze von Großdemonstrationen zu diversen Gewalttätigkeiten: Polizeibeamte wurden mit Flaschen und Steinen attackiert, es wurden zahlreiche Kleinfeuer entzündet und an mehreren Bankfilialen und Kaufhäusern Fensterscheiben zerstört. Bereits im Vorfeld verübten militante Autonome aus Protest gegen den Besuch von Präsident Bush in Berlin Brandanschläge am 29. April gegen eine Daimler-Chrysler-Vertretung und am 16. Mai gegen eine Filiale der Handelskette WalMart.

Durch die zerstörerischen Aktionen autonomer „Zusammenhänge“ entstehen bundesweit jährlich Sachschäden in Millionenhöhe. Besonders hervorzuheben sind auch die unzähligen Angriffe mit zum Teil schweren Körperverletzungen auf Polizeibeamte als Repräsentanten des „verhassten Systems" im Zusammenhang mit ihren Einsätzen bei demonstrativen Veranstaltungen.

Die von einer „militanten gruppe (mg)" im Vorjahr angestoßene Debatte um Formen und Inhalte „militanter und bewaffneter Politik" wurde fortgeführt und fand zum Teil Zustimmung durch andere militante autonome Gruppen in Form von Beiträgen im bundesweit vertriebenen Berliner Szene-Blatt „INTERIM". Damit hat sich erstmals seit Jahren im linksextremistischen Spektrum eine „Militanz-Debatte" entwickelt, die auf Kontinuität und gegenseitige Bezugnahme der Beteiligten angelegt ist. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang ein Entwurf der „militanten gruppe (mg)" zum Aufbau einer gemeinsamen Plattform gewaltbereiter Gruppen („INTERIM" Nr. 550 vom 9. Mai). Durch diese Plattform solle ein gewisser Grad an ideologischem Gleichklang erreicht und ein ge-

meinsames Selbstverständnis erarbeitet werden. Einvernehmen bestehe offenbar mit einigen anderen Gruppen darin,

> „dass alle Aktionsformen unterhalb von politischen Exekutionen zu unserem Arsenal gehören. Demnach hätte unsere Aktionspalette eine maximale Breite, dazu würden sachschadenorientierte militante Praxen (vom wilden Plakatieren bis zu Brand- und Sprengsätzen), personenschadenorientierte militante Praxen (direkte körperliche Konfrontation wie Verprügeln oder Kübeln) und symbolische Politpraxen (Kommunikationsguerilla und ‚diskursive Dissidenz') gehören."

Wie bereits früher artikuliert, bekräftigt die „militante gruppe (mg)":

> „Exekutionen von Entscheidungsträgerinnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind sowohl aus logistischer als auch aus repressionstechnischen Gründen erst während einer längeren intensiven Diskussion unter uns zu entscheiden. Nicht zuletzt ist die Methode des bewaffneten Kampfes Ergebnis der strategischen Linie unseres revolutionären Projekts und der Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Bewaffnung unserer Struktur ist der eine Aspekt, die konkrete Aufnahme des bewaffneten Kampfes ein anderer. D. h., dass die Schaffung einer logistischen Basis eines potenziellen bewaffneten Kampfes nicht unmittelbar mit deren Nutzung zusammenfällt. Entscheidend ist allerdings, dass wir diese logistische Basis als einen integralen Bestandteil eines komplexen revolutionären Aufbauprozesses betrachten."

Schleswig-holsteinische autonome Gruppierungen haben bislang an dieser „Militanz-Debatte" nicht teilgenommen.

2.1.2.3 Strukturen und Vernetzung

Das autonome Selbstverständnis herrschaftsfreien Lebens und die Notwendigkeit, sich doch in ein Mindestmaß an Organisation zu fügen, lassen sich nur schwer in Übereinstimmung bringen. Nachdem sich 2001 der in den 1990er-Jahren bedeutendste bundesweite autonome Organisationsansatz – die „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) – aufgelöst hat, ist nunmehr auch das seit 1993 bestehende „Bundesweite Antifa-Treffen" (BAT) als kontinuierlich arbeitender Zusammenschluss auch schleswig-holsteinischer Gruppierungen gescheitert. Gleichwohl hat sich infolge

dieser Entwicklung die Sicherheitsgefährdung durch das autonome Spektrum nur unwesentlich verringert, da die Funktionsfähigkeit lokaler und regionaler Gruppen und deren Befähigung zur anlass- oder kampagnenbezogenen überregionalen Mobilisierung nicht beeinträchtigt wurden.
In Schleswig-Holstein blieb im autonom-anarchistischen Bereich die Tendenz bestehen, sich in lockeren themenbezogenen Personenzusammenschlüssen zu engagieren. Damit verloren die ursprünglichen Basen der autonomen Bewegung, die festen Bezugsgruppen, weiter an Bedeutung. Ob es sich hierbei um den Anfang des endgültigen Zerfalls oder lediglich um einen Generationsumbruch handelt, ist noch nicht absehbar. Feststellbar ist jedoch, dass Diskussionen über Grundsatzfragen weniger stattfinden und damit der politische Anspruch der Szene immer mehr zurücktritt. Von den perspektivisch arbeitenden Gruppen mit interner Auseinandersetzung und öffentlicher Aktion ist nur noch „Avanti - Projekt undogmatische Linke" permanent wahrnehmbar. Die nach der Veröffentlichung ihres letzten Grundsatzprogramms im Verfassungsschutzbericht 2000 näher beschriebene Gruppierung hält weiterhin an einer politischen Ausrichtung fest, die mit wesentlichen Verfassungsgrundsätzen nicht vereinbar ist.

2.2 „Rote Hilfe e. V."

Die „Rote Hilfe e. V." ist 1975 – in der Tradition ihrer KPD-orientierten Vorgängerin in der Weimarer Zeit – gegründet worden. Heute sind in ihr mehrheitlich Angehörige der autonomen Szene vertreten.
Die „Rote Hilfe e. V." definiert sich selbst als parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Sie unterstützt diejenigen, die „den Kampf gegen das System aufgenommen haben" und diejenigen, „die im Knast ihren politischen Kampf beginnen". Ihr gehören bundesweit rund 4.000 Mitglieder mit leicht steigender Tendenz an, die sich aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum rekrutieren. Sie gliedert sich in Ortsgruppen und verfügt über einen gut funktionierenden Informations- und Kommunikationsapparat mit engen Kontakten in die gesamte linksextremistische Szene.

In Schleswig-Holstein gehören rund 240 Mitglieder der „Roten Hilfe" an. Von den Ortsgruppen in Kiel und Lübeck gehen im Vergleich zu früheren Jahren aber geringere öffentliche Aktivitäten aus.

2.3 Dogmatischer Linksextremismus

Die am Marxismus-Leninismus ausgerichteten dogmatisch-linksextremistischen Parteien und Gruppierungen haben nur noch geringe Bedeutung.

Rund 500 Personen werden in Schleswig-Holstein dem Spektrum des dogmatischen Linksextremismus zugerechnet, davon gehören rund 200 der „Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP) an. Mit eigenen Aktionen ist der schleswig-holsteinische Landesverband der DKP im letzten Jahr nicht in Erscheinung getreten. Mitglieder der Partei gründen „Friedensgruppen" oder forcieren die Zusammenarbeit. So unterstützen sie Protestaktionen autonomer Gruppen, der „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) oder „Attac Deutschland" in der Hoffnung auf Wiederbelebung des für die DKP traditionellen Agitationsfeldes der Friedensbewegung.
Zur Bundestagswahl im September trat die DKP in Schleswig-Holstein mit drei Direktkandidaten an. Die Ergebnisse lagen bei 0,1 % bzw. 0,2 % der Stimmen.

Unverändert formuliert die Partei als ihren politischen Anspruch:

> „Das Ziel der DKP ist der Sozialismus als erste Stufe auf dem Weg zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Sie strebt den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen an, orientiert auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft."

Die parteieigene Zeitung „Unsere Zeit" als das Zentralorgan zur Außendarstellung der Partei und Anleitung ihrer Kader leidet mittlerweile massiv an Abonnenten- und damit an Geldschwund.

In Schleswig-Holstein sind, im Gegensatz zum Bundesverband, nach wie vor zahlreiche Mitglieder der DKP im Führungsgremium der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) vertreten.

Zu den dogmatischen Splittergruppen im Lande gehört die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD).

Aus dem ehemaligen „Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) ist 1995 die „Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten in und bei der PDS“ hervorgegangen. Sie entwickelt in Schleswig-Holstein kaum Aktivitäten.

Mitglieder trotzkistischer Organisationen wie der „Sozialistischen Alternative VORAN" (SAV), der „Sozialistischen Arbeitergruppe" (SAG) und „Linksruck" (LR) suchen weiterhin innerhalb der Anti-Globalisierungs-Bewegung ein Agitationsfeld.
Die trotzkistische Gruppe „Linksruck" löste sich nach eigenen Angaben im März auf, um geschlossen „Attac Deutschland" beizutreten. Mitglieder der Gruppe waren bereits 2001 in die Vorbereitungen der Proteste gegen die Gipfeltreffen in Göteborg und Genua einbezogen.

3 Aktionsfelder

3.1 „Anti-Faschismus"

Der „Anti-Faschismus" blieb für Organisationen und Gruppierungen im Bereich des Linksextremismus ein wichtiges Aktionsfeld. Dabei zielt der „antifaschistische Kampf" nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Letztlich richtet er sich gegen die freiheitlich verfasste demokratische Gesellschaft, in deren „kapitalistischem System" der „Faschismus“ angeblich seine Wurzeln habe.
Mit diesem Vorverständnis ließen sich die weiterhin zahlreichen staatlichen und gesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Gewalt nicht in Übereinstimmung bringen.

Dem linksextremistischen Lager gelang es daher trotz zahlreicher Kampagnen und Aktivitäten sowie ständiger Befassung mit der Thematik in der Szene-Presse unverändert nicht, sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus ein eigenständiges Profil zu geben. In internen Diskussionen wurde dies immer wieder beklagt. Der im Vorjahr bereits gesuchte Ausweg, noch stärker Gewalt in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten zu tragen, erwies sich zunehmend als bloß noch reflexhafter Aktionismus. Er zeigte sich auf verschiedenen Veranstaltungen tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten. So wurde aufgrund eines NPD-Marsches durch Lübeck eine Gegendemonstration organisiert, wobei die Rechtsextremisten mit Stein- und Flaschenwürfen angegriffen wurden. Eine Veranstaltung einer Kieler Burschenschaft sollte durch eine Blockade behindert werden. Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes wurden in Itzehoe und Kiel NPD-Info-Tische zerstört. Verstärkt wurde das Mittel der persönlichen Konfrontation eingesetzt. In verschiedenen Orten des Landes, insbesondere in Flensburg und Eckernförde, griffen sich wechselseitig links- bzw. rechtsorientierte Personen oder Gruppen an, wobei die Auseinandersetzungen nicht selten eher als Schlägereien unterschiedlicher subkultureller Jugend-Cliquen erschienen, bei denen die unterlegene Seite dann gelegentlich sogar um staatlichen Schutz bei der Polizei nachsuchte.

3.2 „Anti-Rassismus“

Eine stärkere Selbst-Motivierung gelang der linksextremistischen Szene im „Anti-Rassismus-Kampf“ gegen den ihrer Meinung nach existierenden „staatlichen Rassismus“ sowie dessen „Profiteure“. Allerdings zeigten sich bei der Diskussion um die Ausrichtung eines „Antirassistischen Grenzcamps“ ein Mangel an Kooperationsbereitschaft und Unfähigkeit zum Kompromiss innerhalb der „Anti-Rassismus“-Bewegung. So fanden erstmals drei „Grenzcamps“ mit unterschiedlicher thematischer Schwerpunktsetzung in Jena (Thüringen), bei Cottbus (Brandenburg) und in Hamburg statt. Die Initiatoren des Hamburger „Land-in-Sicht-Camps“ im August befürchteten, dass die speziellen Anliegen von Migranten, wie die so genannte Residenzpflicht-Kampagne, im Vordergrund stünden und „autonome Themen und Anliegen“, wie Kapitalismus-Kritik und „Antifa“, zu kurz kämen. Dementsprechend fand diese Veranstaltung mit besonderer Ak-

zentuierung autonomer Intentionen und unter starker Beteiligung des schleswig-holsteinischen autonomen Spektrums statt.

Aber auch Gewalttaten hat es wiederum in diesem Aktionsfeld gegeben. So zerstörten z. B. am 4. September unbekannte Täter in Brandenburg den Strommast einer 110-KV-Leitung. Am 5. September ging bei der Tageszeitung „Frankfurter Rundschau“ ein in Berlin aufgegebenes Selbstbezichtigungsschreiben zum Anschlag ein. Darin übernehmen „Autonome Gruppen“ die Verantwortung für die Tat, die sich gegen „rassistische und imperialistische Flüchtlingspolitik“ richte. Ziel sei es gewesen, die Stromversorgung des Flughafens Berlin-Schönefeld, des bundesweit zweitwichtigsten Abschiebe-Flughafens, zu beeinträchtigen bzw. zu unterbrechen. Der Anschlag sei ein Beitrag zu den vielfältigen Aktivitäten während der „Grenzcamps“ in diesem Sommer bzw. zu sonstigen aktuellen Kampagnen unterschiedlicher Initiativen. Wörtlich heißt es weiter:

> „Sicherlich wollen wir (...) auch dafür werben, zu diesen Themen gelegentliche Sabotage zu praktizieren und am besten langfristig eine kontinuierliche und themenübergreifende Politik zu entwickeln. (...) Allerdings erhalten linke Bewegungen erst dann eine entsprechende Brisanz und eine punktuelle Durchsetzungsfähigkeit, wenn die unterschiedlichen Ebenen, also Protest, ziviler Ungehorsam, Sabotage und die unterschiedlichen Formen militanten Widerstandes zusammenkommen. Wir wollen mit unserer Aktion in Zeiten relativer Ohmacht ein Zeichen setzen und unserer militanten Kritik an den herrschenden Zuständen Ausdruck verleihen. Wir wollen außerdem allen Mut machen, sich ebenfalls militant zu organisieren.“

In der Nacht zum 24. Juli verübten unbekannte Täter in Hamburg Brandanschläge auf zwei Kraftfahrzeuge eines Dienstleistungsunternehmens, die die Aufschrift „Lufthansa“ trugen. In einer Taterklärung übernahm die „Autonome Zelle ‚in Gedenken an Ulrike Meinhof‘“ die Urheberschaft dafür. Die Verfasser thematisieren vor allem die Abschiebung von Ausländern sowie die Behandlung von Flüchtlingen in Deutschland. Die Lufthansa sei Ziel der Anschläge, da sie „im großen umfang“ an Abschiebungen beteiligt sei und sich mit diesem „dreckigen geschäft“ eine „goldene nase“ verdiene. Die Täter bezeichnen ihre Aktion als wichtigen Bestandteil antirassistischer Praxis innerhalb der linksradikalen Bewegung und

> „fordern alle auf, sich auch weiterhin gedanken zu machen (und diese dann auch umzusetzen!) wie man legale und illegale im flüchtlingskampf unterstützen kann, jede und jeder auf seine art: ob friedlich oder militant – wichtig ist der widerstand."

Die „Autonome Zelle ‚in Gedenken an Ulrike Meinhof'" trat erstmals im Juni 1999 in Erscheinung und ist seitdem für insgesamt 15 Anschläge gegen Banken, Parteibüros, Firmengebäude und Fahrzeuge hauptsächlich im Hamburger Nordwesten und im angrenzenden Umland auf schleswig-holsteinischem Gebiet verantwortlich.

Das Thema „Abschiebung" innerhalb des Aktionsfeldes „Anti-Rassismus" fand im Jahr 2002 wegen der zu der Zeit im Bau befindlichen Abschiebe-Haftanstalt in Rendsburg auch in Schleswig-Holstein größere Beachtung durch Linksextremisten. Dies drückte sich schon am 23. Februar in einer größeren Beteiligung an der weitgehend friedlich verlaufenden Demonstration gegen die Hamburger Abschiebe-Haftanstalt auf schleswig-holsteinischem Boden in Glasmoor/Norderstedt aus, als bis zu 400 Personen dem Aufruf des Vorbereitungskreises aus überwiegend linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppen folgten. Ein geplanter Aktionstag mit Demonstration gegen die Abschiebe-Haftanstalt Rendsburg wurde auf den 2. November terminiert, an dem ein bundesweiter dezentraler Aktionstag gegen solche Einrichtungen stattfand. Rund 280 Personen aus dem linksextremistischen Spektrum und seinem Umfeld bildeten den Aufzug, der ohne Zwischenfälle verlief. Entgegen den Aussagen des linksextremistisch dominierten Vorbereitungskreises in einer Pressemitteilung, in der ein positives Bild der Veranstaltung gezeichnet wurde, verfehlten die Organisatoren aber vor allem ihr Ziel, Teilnehmer aus dem demokratischen Bereich einzubinden und so eine größere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu erreichen. Zusätzlich führten Kieler Autonome eine heimlich geplante Aktion unter dem Motto „Schreibtischtäter aufdecken" gegen einen Mitarbeiter der Landesverwaltung durch, vor dessen Wohnhaus ein übergroßer mit roter Farbe gefüllter Füller abgestellt wurde. Das Haus wurde mit Farbeiern beworfen. In einer kurzen Rede wurde der Betroffene als „exemplarischer Funktionsträger einer Gesellschaft mit zur Flüchtlingsabwehr militärisch hochgerüsteten Grenzen" dargestellt. Die Aktion fand in der Szene scharfe Kritik, aber auch Zustimmung. In einer späteren Erklärung zu der Rede, veröffentlicht in der Dezember-Ausgabe der links-

alternativen Kieler Zeitschrift „Gegenwind“, wurden Gleichgesinnte mit dem Satz „Diese Aktionsform (...) darf gerne auch von anderen nachgeahmt werden“ aufgefordert, das in der autonomen Szene bekannte Mittel des so genannten Outens wieder stärker zu berücksichtigen.

Am 6. Dezember wurde dann ein Brandanschlag auf die damals im Umbau befindliche Abschiebe-Haftanstalt in Rendsburg verübt, zu dem sich Täter aus dem militanten linksextremen Spektrum in an Presseorgane gerichteten Erklärungen bekannten:

> „Abschiebeknaeste sind Menschenrechtsverletzend!
> Kein Abschiebeknast – nirgendwo!!!
> Feuer + Flamme!!!!“

3.3 „Anti-Globalisierung“

Seit der Sprengung der Welthandelskonferenz in Seattle (USA) im November 1999 sind Kampagnen gegen Globalisierung, weltweiten Freihandel und Deregulierung der Wirtschaft zum thematischen Hoffnungsträger auch der Linksextremisten aller Lager geworden. Die wiederkehrenden Treffen werden inzwischen auch häufig von gewaltsamen Protesten begleitet: militante Globalisierungs-Gegner als anscheinend unvermeidbarer Bestandteil einer außerordentlich heterogen zusammengesetzten und untereinander vernetzten internationalen Protestbewegung.

Sämtliche Politikfelder, auf denen sich Globalisierungs-Protest äußert, können sowohl von Demokraten als auch von Extremisten unterschiedlicher Prägung besetzt sein. Autonome und Anarchisten plädieren für eine kompromisslose Konfrontationshaltung gegenüber den internationalen und nationalen wirtschaftlichen und politischen Institutionen und wollen dabei auch Gewalt einsetzen. Die traditionellen revolutionär-marxistischen Organisationen gehen subtiler vor. Sie schieben als Nahziele Forderungen vor, die für sich betrachtet auch Demokraten akzeptieren können und bemühen sich um gesellschaftliche Akzeptanz sowie um den Aufbau einer Massenbewegung. Das Fernziel, die grundlegende Umwälzung der freiheitlichen Ordnung, wird dabei nicht vergessen.

Nach den Auseinandersetzungen von Seattle 1999 folgten die Ausschreitungen gewaltbereiter Autonomer von Göteborg im Juni 2001 (EU-Gipfel) und Genua (G-8-Treffen) einen Monat später. Die Eskalation der Gewalt spaltete die linksextreme Szene, viele sahen keinen Sinn in „hirnloser Militanz“ und fürchteten um die Vermittelbarkeit ihres politischen Kampfes. Die zunehmend kompromisslosere Reaktion der Sicherheitskräfte und ein Todesfall in Genua taten ein Übriges, die Szene zu verunsichern und zu isolieren. Der EU-Gipfel im Juni 2002 in Sevilla wurde von zahlreichen Protestaktionen unterschiedlichster Spektren begleitet ohne das Gewaltpotenzial des Vorjahres.

Der EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember sollte zum Höhepunkt der globalisierungskritischen Proteste des Jahres 2002 werden. Schleswig-Holstein kam aufgrund der Brückenfunktion nach Dänemark und der vielfältigen Kontakte von Autonomen des Landes zu Gleichgesinnten der dänischen Hauptstadt eine besondere Rolle zu. Die schleswig-holsteinische Gruppierung „Avanti“ war von Anfang an in die Strategiediskussion eingebunden und übernahm eine führende Rolle bei der Mobilisierung in Deutschland. Um alle großen Protestströmungen, auch aus dem demokratischen Spektrum, vereinigen zu können, waren die „offiziellen“ Demonstrationen friedlich angelegt. Ausdrücklich wurde aber von „Avanti“ die Solidarität mit militanten Personen oder Gruppen betont. Trotzdem standen erhebliche Teile der militanten autonomen Szene in Schleswig-Holstein und Hamburg den relativ moderaten Planungen skeptisch gegenüber und organisierten eigenständig die Anreise nach Kopenhagen. Eine militante Grundstimmung konnte wegen der erfolgreichen Polizeitaktik, zum Teil auch durch die Uneinigkeit im Konzept, nicht erzeugt werden, so dass die Proteste in Kopenhagen bei geringen Teilnehmerzahlen weitgehend friedlich verliefen und auch Resonanzaktionen in Schleswig-Holstein, anders als im Vorjahr, ausblieben.

3.4 „Anti-Militarismus“

„Anti-Militarismus“ – gegen Nato, Bundeswehr und Militäreinsätze bzw. die angebliche Großmachtpolitik gerichtete Agitation und Aktivitäten – war auch 2002 immanenter Bestandteil des Kampfes linksextremer Gruppierungen gegen „Imperialismus“ und „kapitalistisches System“.

Die im Berichtsjahr von Linksextremisten durchgeführten oder beeinflussten Demonstrationen gegen Kriegseinsätze verliefen bundesweit ganz überwiegend gewaltfrei und mit einer Beteiligung, die meist unter den Erwartungen der jeweiligen Veranstalter lag. Gewalttätige Proteste gegen Gelöbnisse von Soldaten fanden im Gegensatz zu früheren Jahren nur vereinzelt statt.
Dass aber auch in diesem Aktionsfeld „autonomer Politik“ durch besondere Militanz Nachdruck verliehen wird, zeigt folgendes Vorgehen:
In den späten Abendstunden des 19. August zerstörten etwa 20 vermummte Täter Fensterscheiben und die Eingangstür eines Wohnhauses in Wilhelmshaven (Niedersachsen), das unmittelbar neben dem Wohnhaus eines Admirals liegt. Darüber hinaus zerstörten sie die Scheiben und Reifen eines vor dem Haus geparkten Autos und sprühten das Wort „Kriegstreiber“ auf die Hausfassade. Am 21. August ging der Redaktion der „Frankfurter Rundschau“ eine Taterklärung (ohne Gruppenbezeichnung) zu, aus der hervorgeht, dass der Anschlag dem Admiral galt. Die Verfasser des Schreibens nehmen Bezug auf dessen Funktion als militärischer Führer des Einsatzes der Bundesmarine am Horn von Afrika im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“; sie betonen, erstmals habe die deutsche Marine das Gesamtkommando einer alliierten Marine Task Force übernommen. Damit sei das wieder erstarkte militärische Ansehen Deutschlands „ein weiteres Stück aufpoliert“ worden.

Auch in Schleswig-Holstein wurde der linksextremistische „Anti-Militarismus“ öffentlichkeitswirksam dargestellt.
Als Solidaritätsveranstaltung zur Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz in München fand am 2. Februar in Kiel eine landesweite Anti-Kriegsdemonstration statt, an der rund 500 Personen, davon 80 Autonome sowie andere Linksextremisten, teilnahmen. Zu der friedlichen Veranstaltung hatten als Erstunterzeichner die „Anti-Kriegstreffen“ Kiel und Neumünster, die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ und die „Deutsche Kommunistische Partei“, „Avanti“ und „Autonome Linke Neumünster“ aufgerufen. Neben der „kriegerischen Außenpolitik“ aufgrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde die zunehmend „repressive und rassistische Innenpolitik“ verurteilt.

In der Nacht zum 27. April wurden das U-Boot-Ehrenmal Möltenort (bei Kiel) und einige andere Gedenksteine in der näheren Umgebung mit szeneüblichen Parolen wie z. B. „Soldaten sind Mörder“ besprüht. Wie aus einer in mehreren linksextremistischen Zeitungen veröffentlichten anonymen Bekennung hervorgeht, sollten diese Taten ein Beitrag zu einem bundesweiten antimilitaristischen Aktionstag sein. Wörtlich heißt es in der Erklärung:

> „die ursachen für die weltweiten zustände, die hunger, krieg und elend zu tage bringen, liegen im kapitalistischen system, in dem es immer verlierer geben muss. wir kämpfen für eine gesellschaft frei von unterdrückung. (...) kein vergeben! nieder mit dem militarismus, nieder mit dem kapitalismus! deutsche waffen, deutsches geld morden mit in aller welt!“

3.5 „Anti-Atomkraft“

Dieses Aktionsfeld hatte für das linksextremistische Spektrum einen geringeren Stellenwert als noch im Vorjahr. Eine kontinuierliche „Szene-Arbeit“ fand bundesweit – so auch in Schleswig-Holstein – nicht mehr statt. Ursächlich hierfür könnten sowohl die zumindest teilweise Akzeptanz des Atomkonsenses als auch die Überlagerung durch andere Konflikt-Themen, wie z. B. Globalisierung, und eine drohende militärische Intervention gegen den Irak sein.

Zu nennen sind Protestaktionen gegen den Atommülltransport vom 11. bis 14. November in das Brennelemente-Zwischenlager Gorleben (Niedersachsen), an denen sich auch linksextremistische Autonome beteiligten. Insgesamt waren die Widerstandsaktivitäten weniger militant, und es beteiligten sich auch weniger Menschen als bei entsprechenden Castor-Transporten in 2001 daran.

Erwähnenswert sind allerdings Resonanzaktionen im benachbarten Hamburg. Hier waren am Abend des 12. November das Kundenzentrum der „Hamburger Electricitätswerke“ und mehrere Banken betroffen. Rund 20 Personen aus dem autonomen Spektrum warfen Scheiben ein, errichteten Barrikaden aus brennenden Mülleimern und streuten „Krähenfüße“ aus. Die Täter legten Flugblätter mit dem Tenor „Stoppt Castor“ ab.

4 Agitations- und Kommunikationsmedien

Fast alle linksextremistischen Organisationen sind im Internet vertreten, nahezu das gesamte linksextremistische Publikationsangebot ist im Internet abrufbar. Themenschwerpunkte waren „Anti-Rassismus“ und „Anti-Faschismus“. Beim Thema „Anti-Globalisierung“ übernimmt die von Linksextremisten betriebene Internet-Seite „indymedia“ die aktuelle Information. Sie trat im Frühjahr 2001 erstmals im Rahmen der „Anti-Castor“-Berichterstattung in Erscheinung.
Trotzdem hat sich an der Bedeutung von Vorbereitungstreffen und persönlichen Kontakten nichts geändert.

Neben der national erscheinenden und in Schleswig-Holstein verbreiteten Zeitung der „Deutschen Kommunistischen Partei“, „Unsere Zeit“, der „Rote-Hilfe-Zeitung“ und dem Berliner autonomen Szene-Blatt „INTERIM“ erscheinen in Schleswig-Holstein die aus dem dogmatischen Spektrum stammende „LinX“ und die von Autonomen herausgegebene „Enough is enough!“.

5 Linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten

Für Schleswig-Holstein sind im Jahr 2002 mit 126 Straftaten (davon 44 Gewalttaten) erheblich weniger Fallzahlen als im Vorjahr (275 Straftaten, davon 186 Gewalttaten) im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität registriert worden. Der überwiegende Teil der Gewalttaten bestand aus Körperverletzungen gegenüber Rechtsextremisten oder vermeintlichen Rechtsextremisten sowie Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr lässt sich mit den reduzierten Aktivitäten der linksextremistischen Szene in den Aktionsfeldern „Anti-Globalisierung“ und „Anti-Atomkraft“ erklären.

6 Mitgliederentwicklung der linksextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2000 bis 2002

	2000	**2001**	**2002**
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten (dogmatischer Linksextremismus)	500	500	500
Militante Autonome	360	360	360
Gesamt Land	**860**	**860**	**860**
Gesamt Bund	**33.500**	**32.900**	**31.100**

IV. Extremistische Bestrebungen von Ausländern

1 Überblick

Die Gewichte im Ausländerextremismus haben sich im Berichtszeitraum weiter verschoben. Die Gefährdung der inneren Sicherheit durch den islamistischen Terrorismus, insbesondere das „Al-Qaida“-Netzwerk, ist deutlich gewachsen, wie nicht nur die im Jahr 2002 verübten Anschläge, sondern auch Festnahmen und andere Maßnahmen der Sicherheitsbehörden verdeutlichen, durch die Terrorakte in mehreren Fällen abgewendet werden konnten. Das Netzwerk konnte auch durch das militärische Vorgehen in Afghanistan nicht vollständig zerstört werden; zudem mehren sich die Anzeichen für eine Reorganisation der Führungsstruktur und Dezentralisierung der Aktivisten. Anschlagsrisiken können nicht mehr regional und im Hinblick auf bestimmte Zielobjekte (US-amerikanische sowie israelische/jüdische Einrichtungen) begrenzt werden. Anschläge drohen weltweit unter ausdrücklichem Einschluss Deutschlands; sie können sich gegen alle Symbole oder Schlüsselstrukturen der westlichen Gesellschaften richten.

Die Zuspitzung beruht darauf, dass Bin Laden als Widerpart der USA und Personifizierung des islamistischen Terrorismus sich wieder öffentlich zu Wort gemeldet hat. Die von ihm und seinem Stellvertreter stammenden, als authentisch angesehenen Tonband-Botschaften seit Anfang Oktober beziehen unter Anspielung auf das Djerba-Attentat ausdrücklich Deutschland ein, dem die „kämpfende Jugend bereits eine Botschaft übermittelt“ habe; wenn dies nicht genüge, sei man bereit, die Dosis zu erhöhen.

Anhaltspunkte für die Existenz terroristischer islamistischer Strukturen in Schleswig-Holstein haben sich bisher nicht ergeben; bei Einzelpersonen konnten aber Kontakte in dieses Spektrum festgestellt werden, die zwar nicht stets einen relevanten Hintergrund haben müssen, dennoch aber belegen, dass jedes Bundesland einen Beitrag zur Aufklärung bestehender Verbindungen zu leisten hat.

Im nicht-militanten islamistischen Spektrum ist die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“ (IGMG) als auch in Schleswig-Holstein mitgliederstärkste Organisation in Turbu-

lenzen geraten, die durch eine Führungskrise und insbesondere durch die Erfolge der aus der „Milli-Görüs“-Bewegung abgespaltenen türkischen AK-Partei ausgelöst worden sind. Diese teils organisationsinternen, teils aus der Türkei ausstrahlenden Entwicklungen werden die IGMG vor eine Zerreißprobe stellen und sie mindestens personell schwächen, möglicherweise sogar spalten.

Die jetzt als „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) auftretende „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) hält unverändert an ihrem 1999 eingeleiteten Friedenskurs fest. Jüngste Äußerungen aus der Führung der Organisation haben erneut gezeigt, dass dieser Kurs in bestimmten Situationen umkehrbar ist. So hatten führende Funktionäre des KADEK im Falle des Ausschlusses eines ihrer Organisation nahe stehenden Wahlbündnisses bei den Wahlen zum türkischen Parlament am 3. November mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in der Türkei gedroht. Ähnliche Drohungen sprachen sie auch während einer Kampagne des KADEK gegen die verschärften Haftbedingungen ihres in der Türkei inhaftierten Vorsitzenden Abdullah Öcalan in letzter Zeit aus.

Die Umbenennung der PKK in KADEK hat zu keinen wesentlichen Veränderungen in der bisherigen Organisation geführt. Zielsetzung, Struktur und personelle Besetzung sind zwischen PKK und KADEK weitgehend identisch. Der KADEK stützt sich bei seiner Tätigkeit in Europa weiterhin auf die bereits vor der Umbenennung bestehenden Umfeld-Organisationen der PKK. Seine Aktivitäten im Bundesgebiet wurden zuletzt weitgehend durch die Aufnahme der PKK in die Liste terroristischer Organisationen der Europäischen Union, den Wahlkampf in der Türkei und die als „Isolationshaft“ angesehenen Haftbedingungen Öcalans in der Türkei bestimmt.

Die Anzahl der Mitglieder und Anhänger extremistischer oder extremistisch beeinflusster Ausländerorganisationen ist – parallel zur Entwicklung auf Bundesebene – im Land mit etwa 1.850 gegenüber dem Vorjahr um annähernd 100 Personen zurückgegangen.

2 Islamismus

Der Islamismus ist eine Erscheinungsform des politischen Extremismus, der nur eine kleine Minderheit der in Deutschland lebenden über 3 Millionen Muslime anhängt. Der Islam als Religion und die Religionsausübung der Muslime unterliegen nicht der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden. Demgegenüber instrumentalisiert der Islamismus als Ideologie die Religion für politische Zwecke. Endziel ist entweder die umfassende, gewaltsame theokratische Umgestaltung der jeweiligen Herkunftsländer und/oder die langfristig angelegte Durchsetzung der politisch-religiösen Vorstellungen der Islamisten auch in westlichen Verfassungsstaaten und freiheitlichen Gesellschaftsordnungen. Nur insoweit ist nach den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder die Zuständigkeit der Verfassungsschutzbehörden eröffnet.

Dabei darf der Fokus nicht auf militante oder gar terroristische Durchsetzungsstrategien verengt werden. Manche islamistische Organisationen lehnen in ihren Verlautbarungen Gewalt ab und versuchen in diesem Zusammenhang zu suggerieren, die nachrichtendienstliche Beobachtung sei eine staatliche Willkürmaßnahme gegen den Islam und gegen die Muslime. Dies ist eine Verzerrung der Wirklichkeit. Neben dem ausschlaggebenden Gesichtspunkt, dass islamistische Vorstellungen nicht nur punktuell mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung kollidieren, sondern deren grundsätzliche Beseitigung anstreben, ist auch zu bedenken, dass derartige Gruppierungen aus einer auch soziokulturell besonders spürbaren Minderheitenposition heraus verbale Zurückhaltung walten lassen. So sind vordergründige Bekenntnisse zu Pluralismus, demokratischen Prozessen und Minderheitenschutz nicht selten, die im Kontext jedoch erkennen lassen, dass sie nur solange gelten, wie man selbst in der Minderheit sich befindet. Auch „Taqiya“, die religiös erlaubte Verstellung, ist manchmal erkennbar.

2.1 Wesensmerkmale des Islamismus

Kernpunkte der von Islamisten angestrebten „islamischen Ordnung“ sind

- die absolute Geltung der islamischen Quellen für jedermann als unmittelbare Grundlage der staatlichen Ordnung,
- damit auch die Einheit von Staat und Religion,
- daraus hergeleitet die Auffassung, die gesamte Rechtsordnung sei ein von Gott gegebenes, vom Menschen nicht abänderbares System („Scharia“).

Diese Vorstellungen sind unvereinbar mit wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Insbesondere stehen sie im fundamentalen Gegensatz zur Volkssouveränität, zur Gewaltenteilung, zum Rechtsstaatsprinzip, zum Mehrparteiensystem einschließlich der Ausübung der parlamentarischen Opposition, des Minderheitenschutzes und der Menschenrechte.

Der Islamismus bedient sich zur Durchsetzung seiner Ziele bestimmter Agitationsmuster, die je nach Verortung und Taktik der Akteure unterschiedlich stark betont werden. Folgende Aspekte sind regelmäßig festzustellen:

2.1.1 Antiisraelische und antisemitische Agitation

Vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen und erneut eskalierenden Nahost-Konfliktes sind abgrundtiefe Feindschaft gegen Israel und ausgeprägter Judenhass hervorstechende Kennzeichen des Islamismus. So ruft die von der „Islamischen Befreiungspartei“ („Hizb-ut-Tahrir“) (durch den Bundesminister des Innern am 15. Januar 2003 verboten) offensichtlich im europäischen Ausland herausgegebene, unter anderem in deutscher Sprache erscheinende Quartalsschrift „Explizit“ (Nr. 30) zu Morden an Juden auf:

> „Aufs Neue wiederholen wir die unabdingbare islamische Pflicht: Auf die zionistische Aggression in Palästina kann es nur eine Antwort geben: den Jihad. Allah Der Erhabene befiehlt: ‚Und tötet sie, wo immer ihr sie zu fassen bekommt.‘ (...) Vergessen wir eine Tatsache nicht: Wir Muslime lieben den Tod wie Israel das Leben!“

Verschwörungstheorien spielen eine zentrale Rolle. Die türkischsprachige, auch in Deutschland verbreitete islamistische Zeitung „Anadoluda Vakit“ behauptet in der Aus-

gabe vom 28. Juni, die Juden strebten die Weltherrschaft an, und unterstellt eine geistig-seelische Manipulation:

> „Die Juden dringen auch in die Gehirne der Menschen ein und zwingen ihnen ihre Sichtweise auf. Nicht umsonst kontrollieren sie die Popkultur, die Mode und die Medien."

Im Vorfeld der Wahlen in der Türkei am 3. November stigmatisierte die islamistische Presse die (angebliche) jüdische Herkunft türkischer Politiker. „Anadoluda Vakit" vom 12. Juli zufolge hätten die „Zionisten" bereits festgelegt, dass zwei türkische Politiker (angeblich) jüdischer Abstammung Ministerpräsident und dessen Vertreter werden sollten. Einen Tag später hieß es hierzu:

> „So soll das Schicksal des türkischen Volkes in die Hände von Juden übergeben werden, damit diese dem Land den endgültigen Todesstoß geben können."

2.1.2 Antiwestliche Grundhaltung

Islamisten versuchen, die westlichen Gesellschaftsordnungen als verabscheuungswürdigen Gegensatz zu den eigenen Gesellschaftsmodellen darzustellen. Nach ihrem Verständnis richten sich die Grundlagen dieser Gesellschaftsordnungen gegen das göttliche Gesetz; die Menschenrechte nach westlichem Verständnis führen demnach zu sozialer Auflösung und Dekadenz, die freie Entfaltung des Individuums mündet in moralischer Verkommenheit. Die Demokratie wird darauf reduziert, dass sie „der eigenen Launen- und Triebhaftigkeit im Namen von Freiheit und Unabhängigkeit Tür und Tor" öffne („Explizit" Nr. 30).

Nicht überraschend werden die USA als Symbol des Westens dämonisiert, dem jede Schandtat zuzutrauen sei. So wird immer wieder auch behauptet, die USA hätten die Terroranschläge vom 11. September 2001 selbst inszeniert, um „alle Muslime zu Feinden zu erklären" („Anadoluda Vakit" vom 26. Februar). Dieses Muster einer Verdrängungs- und Rechtfertigungsstrategie, die den Terrorismus islamistischer Provenienz relativiert oder aggressiv leugnet, ist sehr häufig erkennbar und bildet die Grundlage

dafür, eine in „Massen-“ und „Völkermord“ gipfelnde Gegnerschaft des Westens gegenüber der muslimischen Welt zu suggerieren. „Anadoluda Vakit“ überschreitet in der Ausgabe vom 15. Oktober dabei die Grenze zur Gewaltbefürwortung:

> „Während wir unsere Kinder die Regeln der Zivilisation, hohe Ideale und erhabene Prinzipien lehren, zertritt der weiße Mann alles, was für uns einen Wert hat. Für diese Menschen pflanzen wir Ehrfurcht in die Herzen unserer Kinder, während diese unseren Stolz mit Füßen treten und uns wie Sklaven behandeln. Vielmehr sollten wir Millionen von Kindern Hass, Rachegefühle und Wut beibringen und diese tief in die Herzen der Kinder einpflanzen. Soweit die Nägel der Kinder trocknen, sollen sie lernen, dass der weiße Mann ein Feind der Menschheit ist und dass sie den weißen Mann zerreißen sollen, sobald sie ihm begegnen. Wenn die Saat, die wir gesät haben, aufgeht, können wir sicher sein, dass der ausbeuterische Westen vor Angst zittern wird.“

Antisemitische und antiwestliche Grundeinstellungen teilen Islamisten mit deutschen Rechtsextremisten. Kontakte sind aber eher eine Ausnahme, weil die trennenden Momente überwiegen. Bei einer Veranstaltung der „Hizb-ut-Tahrir“ im Oktober in Berlin sind allerdings der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und der NPD-Anwalt Horst Mahler aufgetreten.

2.1.3 Absolutheitsanspruch der Islamisten

Die der (verbotenen) Organisation „Kalifatsstaat“ zuzurechnende Publikation „Der Islam als Alternative“ (siehe dazu unter Nr. IV 2.3.1) macht sich die dem Islam zugeschriebene Toleranz gegenüber anderen monotheistischen Religionen nicht zu eigen:

> „Der Islam kam ja, um das Christentum abzulösen, und als endgültige Religion für die Menschheit.“

Noch ungeschminkter formuliert „Explizit“ (Nr. 30) einen Absolutheitsanspruch, der sich nicht auf die religiöse Dimension beschränkt, sondern die Gesellschaft („Lebensordnung“) einschließt:

> „(...) doch versteht der Islam keineswegs unter Toleranz, eine andere als die islamische Lebensordnung gutzuheißen und anzunehmen. Der Islam sagt ganz klar, dass alle anderen Lebensordnungen falsch sind."

Die Einheit von Religion und öffentlichem Leben ist für Islamisten das „Fundament, auf dem alles im Islam aufbaut". Aus diesem Verständnis einer göttlichen, allumfassenden sozialen Ordnung, deren Träger die Gemeinschaft der Muslime („Umma") ist, resultiert die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, seiner Institutionen und Verfahrensweisen. Die im September bei einer Veranstaltung in Kiel verteilte Broschüre „Menschenrechte im Islam", die von dem iranisch gesteuerten „Islamischen Zentrum Hamburg e. V." herausgegeben wird, formuliert unter dem Stichwort „Partizipation" eine Position, die demokratische Teilhaberechte gerade verweigert:

> „Das Gesetz ist göttlichen Ursprungs. Ein gesetzgebendes Organ ist nicht notwendig. Das islamische Recht soll durch den Konsens der Gemeinschaft verwirklicht werden."

Für „Explizit" (Nr. 30) ist die Gesetzgebung der Dreh- und Angelpunkt:

> „Es gibt nämlich einen wesentlichen Aspekt, der den Islam mit der Demokratie unvereinbar macht: Die Menschen entwerfen in der Demokratie ihre eigenen Gesetze."

Islamisten fordern massiv eine absolute Gemeinschaftsbezogenheit der Individuen ein, die sich nicht auf die plurale Gesellschaft des Wohnlandes beziehen soll, sondern auf die weltweite „Umma". Die inneren Konflikte der islamischen Welt dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die absolute Gemeinschaftsbezogenheit des Individuums innerhalb der „Umma" nicht nur ein Ideal, sondern gerade unter Islamisten verbreitetes Selbstverständnis ist. Dementsprechend verlieren nationale, ethnische und „konfessionelle" (Letzteres insbesondere hinsichtlich schiitischer und sunnitischer Muslime) Trennungslinien an Bedeutung. Dies gilt nicht nur in islamistischen Terror-Netzwerken, sondern auch in der islamistischen Szene in Deutschland. Diese Tendenz ließ sich auch in Schleswig-Holstein feststellen.

2.1.4 Märtyrerkult und Dämonisierung der „Ungläubigen“

Der eigentlich im schiitischen Islam, dessen Zentrum der Iran ist, religiös angelegte Märtyrerkult hat sich im Islamismus – auch unterhalb der Schwelle zum Terrorismus – zu einem weit verbreiteten Denkmuster entwickelt. Dazu hat insbesondere der Nahost-Konflikt beigetragen. Die Wahrnehmung des Blutvergießens wird weitgehend auf die palästinensischen Opfer israelischer Militäraktionen verkürzt. Dieser Blickwinkel ruft eine hohe Emotionalisierung hervor, die zielgerichtet geschürt wird.

Dafür wird auch das Internet genutzt. Islamistische Organisationen verbreiten Bilder und Videosequenzen, die einseitig das Leid der Palästinenser thematisieren und dazu die Schockwirkung grausamer Szenen einsetzen. Dies festigt die Akzeptanz von Selbstmord-Attentätern, die aus der verengten Perspektive heraus einen auch religiös gerechtfertigten Kampf gegen die Unterdrückung der Muslime zu führen glauben, durch den sie den Status von Märtyrern erlangen.

Islamisten interpretieren kriegerische Konflikte auch außerhalb Palästinas, in denen sich Muslime und Nicht-Muslime gegenüberstehen, als letztlich religiös bestimmte Auseinandersetzungen. Beispiele sind Afghanistan, Kaschmir und Tschetschenien. Diese Krisenherde lösen beträchtliche Solidarisierungseffekte aus, weil man sich als „Umma“ kollektiv betroffen und angegriffen fühlt. Damit einher geht die Vermittlung eines Freund-Feind-Denkens, das dem Gegner Vernichtungsabsichten unterstellt und wegen der religiösen Aufladung des Konfliktes eine friedliche Lösung ausgeschlossen erscheinen lässt. Ein besonders prägnantes Beispiel ist hier wiederum der Nahost-Konflikt. Hierzu schreibt „Explizit“ (Nr. 30):

> „Als Muslime muss uns klar sein, dass das Problem ‚Israel‘ für uns keine Grenzfrage, sondern eine Existenzfrage ist. Dieser zionistische Fremdkörper im Herzen der islamischen Welt darf unter keinen Umständen bestehen bleiben. Der gesamte Boden Palästinas ist (...) Eigentum der islamischen Umma. Kein Regent und kein Volk – auch nicht die Palästinenser – haben das Recht, diesen Boden abzutreten. Jede Verhandlung zur Abtretung (...) ist ein Verrat an Allah, seinem Gesandten und den Gläubigen.“

Das Denken in Feindbildern, die jederzeit für beliebige politische Zwecke instrumentalisiert werden können, offenbart „Anadoluda Vakit“ in der Ausgabe vom 15. November in einem als „Freitagspredigt“ hervorgehobenen Beitrag:

> „Der Islam ist die Religion unseres Erschaffers, die er für die Menschheit vorgesehen hat. Der Islam ist das Lebensprogramm eines jeden Menschen und die Quelle seines Glücks. Der Islam ist die Religion, die dem Charakter der Menschen am besten entspricht. Alle Wesen, die an die einzig wahre göttliche Religion nicht glauben oder daran glauben, aber die Gebote nicht befolgen, sind potenzielle Quellen des Bösen. Ihr Tod kann nur eine Befreiung für alle anderen Wesen bedeuten.“

2.2 Islamistischer Terrorismus

Im Berichtszeitraum hat sich die Bedrohung durch den international agierenden islamistischen Terrorismus nicht verringert. Dabei ist Deutschland neuerdings ausdrücklich in das Zielspektrum einbezogen worden. Das sich um die von Bin Laden gegründete „Al Qaida“ gruppierende internationale Terror-Netzwerk hat zwar seine logistische Basis in Afghanistan eingebüßt, befindet sich aber in einer Phase der Reorganisierung.

Die Chronologie der Anschläge und Anschlagsversuche im Jahr 2002 zeigt, dass die Schlüsselbereiche der westlichen Ökonomie (Energieversorgung, Luftverkehr) unverändert gefährdet sind. Mehrere Terrorakte gegen touristische Zielobjekte setzen die Strategie der verheerenden Anschläge vom 11. September 2001 fort, so genannte weiche Ziele anzugreifen. Dabei handelt es sich im Gegensatz zu solchen Zielobjekten, die aufgrund ihres Symbolcharakters oder ihrer evidenten Gefährdung besonders geschützt sind, wie z. B. Botschaftsgebäude, um Ziele, die verletzlich sind, bei denen mit einer hohen Opferzahl zu rechnen ist und über die unmittelbare Anschlagswirkung hinaus erhebliche wirtschaftliche Folgeschäden zu erwarten sind. Touristische Einrichtungen entsprechen dieser Logik im besonderen Maße. Terroranschläge haben erhebliche Auswirkungen auf das Reiseverhalten und können in den betroffenen Ländern massive Wirtschaftsprobleme nach sich ziehen. Soweit dadurch auch islamische Länder destabilisiert werden, geht es den islamistischen Terroristen darum, die von ihnen als gottlos verachteten Regierungen zu stürzen.

Derartige Terroranschläge sind im Berichtsjahr mehrfach verübt worden, wobei auch Deutsche zu den Opfern zählten. Am 11. April wurde mittels eines Tanklastwagens vor einer historischen Synagoge auf der tunesischen Insel Djerba eine Explosion herbeigeführt, bei der 21 Menschen – darunter 14 Deutsche – den Tod fanden. Auch bei dem verheerenden Bombenanschlag gegen eine Diskothek auf der indonesischen Insel Bali am 12. Oktober befanden sich unter den fast 200 Toten 6 Deutsche.

Diese Anschläge sind im Zusammenhang mit mehreren von einem arabischen Rundfunksender ausgestrahlten Tonband-Botschaften der „Al-Qaida“-Führung zu sehen, die die Gefährdungslage für Deutschland weiter verschärfen. Die von den Sicherheitsbehörden als authentisch angesehenen Verlautbarungen räumen zunächst Zweifel daran aus, dass Bin Laden noch lebt. Unter offensichtlicher Bezugnahme auf den Anschlag auf Djerba wird am 8. Oktober Deutschland gewarnt, dem die „kämpfende Jugend bereits eine Botschaft übermittelt“ habe; wenn dies nicht genüge, sei man bereit, die Dosis zu erhöhen. Eine am 12. November ausgestrahlte Aufzeichnung richtet sich an die Verbündeten der USA unter ausdrücklichem Einschluss Deutschlands. Die Attentate des vergangenen Jahres seien als Reaktion auf Unrecht gegenüber den Muslimen gerechtfertigt; die Bürger dieser Staaten seien für die Handlungen ihrer Regierungen verantwortlich zu machen. Damit werden sie zu legitimen Zielen von Anschlägen erklärt.

Diese Lebenszeichen Bin Ladens dürften eminente Bedeutung für die Motivationslage der „Al-Qaida“-Sympathisanten haben. Sein Ansehen als Symbol des Kampfes gegen den verhassten Westen dürfte weiter gestiegen sein. Die „Al-Qaida“-Führung ist in ihren Verlautbarungen darum bemüht, die Aktionsfähigkeit des Netzwerkes und Bin Ladens internationale Führungsrolle herauszustreichen. Dabei entspricht es der beiderseitigen Interessenlage, wenn weitgehend autonom operierende regionale Mudjahedin-Gruppen bei ihren Anschlägen einen Bezug zu „Al Qaida“ herstellen. Dies stellt die Einzelaktionen aus der Perspektive der jeweiligen Gruppen in den Zusammenhang des weltweiten Kampfes der Mudjahedin; aus Sicht von „Al Qaida“ wird damit die eigene Aktionsfähigkeit dokumentiert. Insofern sind Bin Laden und „Al Qaida“ eine als „Markenzeichen“ nutzbare Beglaubigung des Kampfeswillens der Mudjahedin geworden.

Die Reste des „Al-Qaida“-Netzwerkes arbeiten an einer Restrukturierung. Während die Führungsebene nach ihrer Flucht aus Afghanistan vermutlich im Mittleren Osten verblieben ist und ihre interne Kommunikation zwischenzeitlich wieder hergestellt hat, sind ihr auf einer zweiten Ebene Aktivisten, die als Planer und Koordinatoren fungieren, sowie einige Hundert Kämpfer verblieben. Ein Beispiel für einen Aktivisten dieser zweiten Ebene ist der am Jahrestag der Anschläge in den USA in Karatschi (Pakistan) festgenommene Ramzi Bin Al-Shibh, der mutmaßlich an der Vorbereitung der Attentate maßgeblich beteiligt war. Diese und weitere Festnahmen haben „Al Qaida“ und die damit sympathisierenden Mudjahedin zwar geschwächt, aber das Gefahrenpotenzial des islamistischen Terrorismus nicht verringert.

Auch in Deutschland kam es im Berichtszeitraum zu Exekutivmaßnahmen im Bereich des Mudjahedin-Netzwerkes. Im April wurden bei einer groß angelegten Durchsuchungsaktion im Bundesgebiet 14 Personen festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, Mitglieder/Unterstützer einer terroristischen Vereinigung zu sein. Die Gruppe um eine Person mit dem Decknamen „Abu Ali“ war überwiegend mit der Fälschung von Reisedokumenten, der Schleusung von Kämpfern und der Vorplanung von Anschlägen befasst.

Bei der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus sind Faktoren zu bedenken, die weit über das extremistische Spektrum hinaus reichen. So verschließen viele Muslime die Augen vor einem Terrorismus islamischer Provenienz. Nach einer Umfrage des „Zentralinstituts Islam-Archiv Deutschland“ (Mai 2002) empfinden 67 % der befragten deutschen Muslime Bezeichnungen wie „islamische Terroristen“ für die Muslime insgesamt als Beleidigung. Dieses Verständnis wird von der islamistischen Presse aufgegriffen, die mit Verschwörungstheorien, Verfolgungsangst und Märtyrerkult auch eine zum Teil weitgehende Akzeptanz terroristischer Aktionen vermittelt. Ein Beispiel bietet „Anadoluda Vakit“ am 30. Oktober im Zusammenhang mit der Geiselnahme in einem Moskauer Musical-Theater; dort heißt es:

> „Es kann keine größere Dummheit und kein größeres Verbrechen geben, als dass man die Menschen, die für ihren Glauben und ihre Ideale ihr Leben aufs Spiel setzen, Terroristen gleich stellt. (...) Nach Ansicht der west-

> lichen Imperialisten sind die, die unseren Befreiungskampf begonnen haben, auch Terroristen. (...) Die 28 muslimischen Volksstämme im Kaukasus okkupiert das russische Untier. Das Erdölgebiet im Mittleren Osten wird den USA überlassen. Eigentlich ist das ein Weltkrieg, der nie ein Ende nimmt. Eine widerwärtige Vorgehensweise des Kreuzzuges gegen den Halbmond. (...) Jetzt sagt mir in Gottes Namen, wer sind die Terroristen? Die Russen und die Amerikaner oder die Tschetschenen, die für ihre Unabhängigkeit nur Aufmerksamkeit erregen wollen?“

Eine von Feindbildern und Realitätsverleugnung gekennzeichnete Agitation, die nur auf die Solidarität innerhalb der „Umma“ setzt, verkennt auch legitime Belange der inneren Sicherheit. Als Reaktion auf die Äußerung des Bundesinnenministers, nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erwarte er nicht nur eine Distanzierung, sondern auch Mithilfe der Muslime, stellt „Explizit“ (Nr. 29) klar:

> „In der gegenwärtigen Zeit ist es unsere Pflicht als Muslime, solidarisch zusammenzuhalten (...). Es ist dem Muslim nicht gestattet, sich von seinem Bruder loszusprechen und ihn zu verleugnen, nur um einen Verdacht von sich zu schieben oder die Freundschaft der Nicht-Muslime zu gewinnen. Ebenso ist es den Muslimen nicht erlaubt, als Informanten zu fungieren.“

Zur Vergrößerung ihrer Reichweite nutzen islamistische Terroristen auch das Internet. Das gilt auch für die Verbreitung von Anleitungen für Anschläge. Auf einer Internet-Seite, die tagesaktuell über die Themen „Jihad“ und „Mudjahedin“ berichtet, waren zwei „Handbücher“ für den Bombenbau und die Herstellung von Giften verfügbar, die auch auf die unauffällige Beschaffung der jeweiligen Ausgangsstoffe eingingen. Besonders die Effizienz derartiger Anschläge wurde herausgestellt, die bei „1-prozentiger Mudjahedin-Aktivität 99 Prozent Medienaufmerksamkeit“ erzielten.

2.3 Gewaltgeneigte islamistische Organisationen

2.3.1 „Kalifatsstaat“

Das am 12. Dezember 2001 vom Bundesminister des Innern verhängte Verbot der islamistischen Organisation „Kalifatsstaat“, das sich auf eine angegliederte Stiftung sowie 19 weitere Teilorganisationen erstreckte, ist vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden. In seiner Entscheidung hob das Gericht hervor, dass der „Kalifatsstaat“ sich als

real existierender Staat mit eigener Staatsgewalt unter der Führung des Kalifen verstehe, dessen Grundlage ausschließlich der Wille Allahs sei und der als solcher mit der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar sei. Der „Kalifatsstaat“ beanspruche für sich – im Unterschied zu anderen Religionsgemeinschaften – das Recht zu legitimer Gewaltanwendung auch in Deutschland.

Die Organisation beschäftigt gleichwohl weiterhin die Sicherheitsbehörden. Am 19. September wurde eine weitere Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern vollzogen, die sich gegen Vereine richtete, deren Zuordnung zum „Kalifatsstaat“ aufgrund des im Dezember 2001 sichergestellten Materials nachgewiesen werden konnte. Von der neuerlichen Verbotsverfügung wurden 16 Vereine in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen erfasst.

Der „Kalifatsstaat“ wurde durch die Verbotsmaßnahmen gegen die deutschen Strukturen der Organisation entscheidend geschwächt. Überdies sind die „Kalifatsstaat“-Anhänger im Hinblick auf die Lage ihres selbst ernannten Kalifen Metin Kaplan verunsichert. Dieser war vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen seines öffentlichen Aufrufs zu der (dann tatsächlich erfolgten) Tötung eines „Gegen-Kalifen“ am 15. November 2000 zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden, die er zurzeit noch verbüßt. Nach der Haftentlassung droht ihm die Abschiebung in die Türkei.

Dennoch sind insbesondere im publizistischen Bereich Fortsetzungs-Aktivitäten feststellbar, die möglicherweise von westeuropäischen Nachbarländern ausgehen. Insbesondere kann dem „Kalifatsstaat“ die inzwischen mehrfach erschienene Publikation „Der Islam als Alternative“ zugerechnet werden. Als Reaktion auf die Verbotsmaßnahmen verzichtet die Zeitschrift, die nicht im freien Verkauf erhältlich ist, unter anderem auf offene Gewaltaufrufe. Sie vertritt aber die Linie des „Kalifatsstaats“, indem sie fordert, „den Islam über das gesamte Leben herrschen zu lassen!"

In aggressiver Weise wird demgegenüber die Demokratie als „amoralisches, seelenloses System“ herabgesetzt. Das demokratische Parteiensystem wird als das absolut Böse verteufelt:

> „Gegenüber der Partei und Politik Allahs gibt es die Partei des Satans (...). Die Parteien in den Ländern, wo durch Demokratie regiert wird, gehören alle zu dieser Art Parteien."

2.3.2 Sonstige gewaltgeneigte islamistische Organisationen

Am 5. August hat der Bundesminister des Innern den in Aachen ansässigen Verein „Al Aqsa e. V." mit der Begründung verboten, dieser befürworte Gewaltanwendung zur Durchsetzung politisch-religiöser Ziele und unterstütze eine ausländische terroristische Vereinigung. Dabei handelt es sich um die palästinensische HAMAS („Islamische Widerstandsbewegung"), für die der „Al Aqsa e. V." Spenden sammelte. Ziel der HAMAS ist die Vernichtung des Staates Israel; ihren Kampf führt sie insbesondere durch die als „Märtyrer" verherrlichten Selbstmord-Attentäter. In Deutschland werden die Positionen der HAMAS vom „Islamischen Bund Palästina" (IBP) vertreten, der etwa 250 Anhänger umfasst.

Ebenfalls dem Kampf gegen Israel verschrieben hat sich die pro-iranische, im Libanon sesshafte „Hizb Allah" („Partei Gottes") mit rund 800 Anhängern im Bundesgebiet.

Erwähnenswert sind noch zwei algerische Gruppierungen, deren gewaltsam verfolgtes Hauptziel die Errichtung einer islamischen Ordnung in ihrem Heimatland ist. Die „Bewaffnete Islamische Gruppe" (GIA) und „Salafiyya Gruppe für die Mission und den Kampf" (GSPC) zählen in Deutschland weniger als 100 Anhänger.

Für die hier beispielhaft genannten islamistischen Organisationen arabischer Herkunft gilt unverändert, dass diese sich in Deutschland mit Aktionen zurückhalten und das Bundesgebiet als Rückzugs- und Ruheraum betrachten. In Schleswig-Holstein sind diese Organisationen nur in geringem Umfang mit Einzelmitgliedern präsent.

2.4 Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V." (IGMG) als bedeutendste nicht-militante islamistische Organisation

Die IGMG ist trotz leicht rückläufiger Tendenzen im Berichtszeitraum unverändert die mitglieder- und finanzstärkste islamistische Organisation in Deutschland geblieben. Die IGMG nimmt für sich in Anspruch – wie sich aus ihrer Selbstdarstellung im Internet ergibt –, als Religionsgemeinschaft das religiöse Leben der Muslime umfassend zu organisieren, das islamische Religionsbekenntnis zu pflegen und zu verkünden und insbesondere die Interessen der Muslime zu vertreten. Um ihre Akzeptanz als Interessenvertretung *der* Muslime zu fördern, nennt die Organisation eine nicht nachvollziehbare Anzahl von 210.000 Mitgliedern. Weder trifft diese völlig überhöhte Zahl zu – der Mitgliederbestand hat sich offensichtlich leicht auf etwa 26.500 verringert – noch genügt die IGMG der Rolle einer Religionsgemeinschaft für *alle* Muslime. Als islamistische Organisation verfolgt sie vielmehr einen politischen Ansatz, der – bedingt durch ihre Geschichte und die Herkunft ihrer Mitglieder – eng mit der politischen Landschaft der Türkei verknüpft ist.

Anders als die IGMG auf ihrer Internet-Seite suggeriert, bedeutet „Milli Görüs" nicht „monotheistische Ökumene". Die IGMG versucht auch insoweit als selbst ernannte Vertretung der Muslime einen gleichen Rang gegenüber den als Körperschaft des öffentlichen Rechts verfassten christlichen Kirchen geltend zu machen. Die Bezeichnung „Milli Görüs" ist demgegenüber als „nationale Sicht" zu übersetzen, womit auf die von dem türkischen Islamistenführer Necmettin Erbakan entworfene Ideologie einer volksgemeinschaftlich-islamistisch ausgestalteten großtürkischen Ordnung Bezug genommen wird.

Auf personeller und ideologischer Ebene sind die IGMG und die politischen Ambitionen des Necmettin Erbakan in der Türkei eng miteinander verwoben. Das erklärt auch die krisenhafte Situation, in die die IGMG im Berichtsjahr hineingeraten ist. Ausgangspunkt war zunächst eine Verschiebung des Parteiengefüges mit Auswirkungen auf das islamistische Lager der Türkei. Nach dem Verbot der von Erbakan dominierten „Tugend-Partei" durch das türkische Verfassungsgericht im Juni 2001 war es ihm nicht gelungen, seine Anhängerschaft insgesamt in die neu gegründete „Glücks-Partei" („Saadet-Partisi", SP) zu überführen. Kritiker Erbakans gründeten die „Gerechtigkeits- und Ent-

wicklungspartei“ („Adalet ve Kalkinma Partisi“, AKP). Diese Entwicklung, die die Autorität des früher von einer ergebenen Anhängerschaft als „Führer“ verehrten Erbakan beschädigte, ließ auch innerhalb der IGMG Unruhe und Spaltungsbefürchtungen aufkommen.

Der Verlauf der am 15. Juni in Arnheim (Niederlande) durchgeführten „Generalversammlung“ spiegelte die Situation der IGMG in wesentlichen Facetten wider. Die Anzahl der aus Deutschland und aus westeuropäischen Nachbarländern angereisten Teilnehmer erreichte mit unter 20.000 nicht einmal zwei Drittel der Teilnehmerzahl früherer Generalversammlungen. Der einzige Höhepunkt der Veranstaltung war der frenetisch bejubelte Auftritt Necmettin Erbakans, was – ebenso wie die Anwesenheit weiterer SP-Politiker oder z. B. auch das Meer der türkischen Nationalfahnen – den dominierenden islamistisch eingefärbten Türkei-Bezug der IGMG offenbart. Auf der Linie antiwestlicher islamistischer Agitationsmuster belebte Erbakan die gängigen Feindbilder, indem er nach Medienberichten äußerte:

> „Abends sitzt der amerikanische Präsident Bush über Landkarten und überlegt, welches islamische Land er als nächstes bombardieren kann.“

Im Vorfeld der türkischen Parlamentswahlen am 3. November wurde von den IGMG-Angehörigen Wahlhilfe zugunsten der SP erwartet, um der Partei durch das Engagement der in Westeuropa lebenden Türken über die in der Türkei geltende 10-Prozent-Hürde zu helfen. Nach einem Bericht der türkischen Tageszeitung „Hürriyet“ (Ausgabe vom 14. September) soll ein führender IGMG-Funktionär die Unterstützung der SP verpflichtend in den Rang des „Jihad“ erhoben haben.

Das Wahlergebnis am 3. November war dementsprechend ein schwerer Schlag für die IGMG. Während die SP an der 10-Prozent-Hürde scheiterte, erzielte die AKP einen überwältigenden Wahlerfolg. Für die in der Funktionärsebene und der älteren Anhängerschaft bisher weitgehend auf Necmettin Erbakan fixierte IGMG wird dies zu einer Zerreißprobe werden, die mit einer Schwächung, möglicherweise auch Spaltung der Organisation enden könnte.

Die Krise der IGMG wird durch den Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden Mehmet Sabri Erbakan verschärft. Er ist ein Neffe des „Milli-Görüs“-Führers Necmettin Erbakan. Die fragwürdigen Umstände, unter denen er erst im April 2001 den Vorsitz übernommen hatte, riefen nicht nur von außen Kritik hervor, die in der ironischen Bezeichnung der IGMG als „Familienunternehmen“ einen griffigen Ausdruck fand. Am 15. Oktober wurde bekannt, dass Mehmet Sabri Erbakan wegen angeblicher gesundheitlicher Probleme seinen Rücktritt erklärt hatte. Tatsächlich waren persönliche Verfehlungen maßgeblich, die in der türkischen Presse öffentlich gemacht wurden. Als Interimslösung hat der bisherige stellvertretende Vorsitzende Karahan den Vorsitz übernommen. Diese Vorgänge werden die Autorität Necmettin Erbakans weiter untergraben und ein Vakuum in der auf ein Führer-Gefolgschafts-Verhältnis ausgerichteten IGMG erzeugen.

Die Zukunftsperspektiven der IGMG sind insofern unklar. Soweit auch in dieser Organisation vorgebliche Modernisierer die Führung übernehmen werden, bleibt abzuwarten, ob eine verbale Mäßigung tatsächlich einer inhaltlichen Neuorientierung oder nur taktischem Kalkül entspringt. Bereits unter dem bisherigen Vorsitzenden Mehmet Sabri Erbakan war die IGMG bestrebt, in der Öffentlichkeit als toleranter und dem Grundgesetz verpflichteter Dialogpartner wahrgenommen zu werden. Diesem Ziel dient auch die forcierte, aber sachlich – wie gezeigt – unbegründete Selbstdarstellung als Interessenvertretung aller Muslime. Die IGMG ist deshalb seit Jahren um eine möglichst unangreifbare Außenwirkung bemüht und steuert im Rahmen ihrer hierarchischen, undemokratischen Binnenstruktur auch die nachgeordneten Organisationsgliederungen in diesem Sinne.

Dennoch hat es immer wieder Belege für die islamistische Ausrichtung der IGMG gegeben. In einem erst im Berichtsjahr in Übersetzung bekannt gewordenen Artikel in der IGMG-Zeitschrift „Milli Görüs & Perspektive“ (November 2001) befasst sich ein IGMG-Spitzenfunktionär in einer emotionalen und assoziativen Diktion vorgeblich mit der Situation der Kinder in Afghanistan. In diesem Zusammenhang bezeichnet er das militärische Vorgehen gegen die Strukturen des islamistischen Terrorismus in Afghanistan mit dem Terminus „Massenmorde“. Überall auf der Welt gebe es weitere Regionen, in de-

nen „das Blut (der Muslime) in Strömen fließt“ und „Bestialitäten“ begangen würden, um dies auf ein antiwestliches Feindbild hin zuzuspitzen:

> „Du weiße Rasse, du Grausamkeit. (...) Wir kennen den Schmutz, den du in dir trägst.“

Hier wird eine Polemik formuliert, die weit über legitime Kritik an außenpolitischen und militärischen Vorgehensweisen hinausreicht und mit Verdächtigungen in Richtung Völkermord an Muslimen tiefes Misstrauen gegen eine Integration in die westlichen Gesellschaften erzeugt.

In auffälliger Häufung und Deutlichkeit formuliert die Zeitung „Milli Gazete“ islamistische Positionen. Die Zeitung ist der „Milli-Görüs“-Bewegung eng verbunden. Insbesondere transportiert sie die „Milli-Görüs“-Ideologie. Innerhalb der „Milli-Görus“-Bewegung ist die Zeitung, für die sogar Necmettin Erbakan wirbt, entsprechend weit verbreitet. Diese und weitere Aspekte rechtfertigen es, die „Milli Gazete“ in Deutschland als Sprachrohr der IGMG zu bezeichnen. Die Zeitung propagiert kontinuierlich unter islamistischen Vorzeichen eine Ausbreitung des Islams unter Einschluss der „Scharia“ und des „Jihad“, verbunden mit großtürkischen Visionen sowie antisemitischen und antiwestlichen Zerrbildern. Mit einer derartigen Agitation werden die Muslime in Westeuropa von der Integration abgeschreckt, der dortigen Werteordnung entfremdet und in eine Parallelgesellschaft zurückgeworfen. Das Verhältnis der „Milli Gazete“ zur Mehrheitskultur einschließlich ihrer christlichen Grundprägung ist von Abgrenzung bis hin zur Feindseligkeit bestimmt, wie ein Beitrag zur Beschneidung von Jungen in der Ausgabe vom 25. Juli beispielhaft verdeutlicht:

> „Unser Glaube befiehlt uns, uns von den Ungläubigen, den Heuchlern und Anhängern von heidnischen Religionen und Ideologien zu unterscheiden und in Opposition zu ihnen zu treten. Denn eine äußere Ähnlichkeit mit ihnen könnte den Anschein erwecken, dass wir uns ihren moralischen Werten, ihren schlechten und hässlichen Angewohnheiten, ja sogar ihrem Glauben annähern. (...) Kurz gesagt: Die Ähnlichkeit mit den Nicht-Muslimen ist eine Schandtat.“

Die antisemitische und antiwestliche Grundströmung der „Milli Gazete“ gipfelt in diffusen Verschwörungstheorien (Ausgabe vom 11. Oktober):

> „Das Ziel der Zionisten, die hinter verschlossenen Türen die Anschläge auf die Zwillingstürme vom 11. September verwirklicht haben, besteht darin, aus dem Nichts einen Krieg zwischen Muslimen und Christen anzustiften. Auf diese Weise wollen sie leichter die Herrschaft über die Welt erlangen.“

Auch die Irak-Krise wird ungeachtet der nicht nur in Nuancen differierenden Auffassungen in der westlichen Welt als Kriegserklärung an die Muslime gedeutet (Ausgabe vom 29. November):

> „Der Westen ist der Ansicht, dass Macht immer mit Gewalt einhergehen muss. Dieses Prinzip ist auf ein Feindbild reduziert und lässt keinen Freiraum für Frieden zu. Nachdem der Feind Kommunismus von der Bildfläche verschwunden ist, musste ein neuer Feind her. Und das sind der Islam und die Muslime. Auch die Nato hat sich für diesen neuen Feind umgestaltet. Auch für die Nato heißt der neue Feind nun Islam.“

Die „Milli Gazete“ ist in Schleswig-Holstein unter IGMG-Anhängern weit verbreitet. Im Übrigen ist Schleswig-Holstein jedoch kein Schwerpunkt der Organisation. IGMG-nahe Vereine mit etwa 500 Mitgliedern existieren in Kiel, Neumünster, Lübeck, Rendsburg und im Hamburger Umland.

3 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)/ „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK)

3.1 Entwicklung der Organisation im Zusammenhang mit ihrer Umbenennung

Die PKK hat ihren im August 1999 eingeleiteten gewaltfreien Kurs beibehalten. Ende Januar 2002 beschloss sie, bei künftigen Aktivitäten in der Türkei und in Staaten der Europäischen Union nicht mehr unter dem Parteinamen „PKK“ aufzutreten. Die Trennung von der für ihre terroristische Vergangenheit stehende Organisationsbezeichnung muss vor dem Hintergrund der Bemühungen der PKK gesehen werden, als politischer Ansprechpartner für die Belange der Kurden akzeptiert zu werden. Den Verzicht auf ihren Parteinamen vollzog die PKK auf ihrem vom 4. bis 10. April an einem geheim ge-

haltenen Ort im iranisch-irakischen Grenzgebiet stattgefundenen 8. Parteikongress. Zugleich wurde unter der Bezeichnung „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) eine Nachfolgeorganisation gegründet. Zu dessen Generalvorsitzenden wurde der in der Türkei inhaftierte PKK-Führer Abdullah Öcalan gewählt.

Erklärtes Ziel des KADEK ist die nationale Einheit der Kurden, die im Wege einer „Demokratischen Union des Nahen Ostens“ verwirklicht werden soll. Er habe die Aufgabe, bei der Lösung der Kurdenfrage eine koordinierende Funktion auszuüben, insbesondere durch die Gründung von Organisationen und Parteien für alle Teile Kurdistans, ohne bestehende Staatsgrenzen in Frage zu stellen. Dabei wolle der KADEK auf jegliche militärische Auseinandersetzung verzichten. Um den Erfolg dieser Lösung zu gewährleisten, seien die Beibehaltung und der Ausbau der Guerilla-Organisation der PKK als „legitime Verteidigungsposition“ notwendig.

Der KADEK sieht sich selbst als neue Organisation an. Grundlegende Unterschiede zwischen der PKK und dem KADEK sind allerdings nicht erkennbar. Der KADEK ist vielmehr als eine mit der seit Frühjahr 2000 im Wandel befindlichen PKK weitgehend identische Organisation anzusehen, auf die sich folglich das 1993 vom Bundesminister des Innern ausgesprochene Betätigungsverbot erstreckt. Sowohl die konspirativ tätige Organisationsstruktur der PKK als auch deren auf Befehl und Gehorsam beruhendes Organisationsprinzip wurden vom KADEK im Wesentlichen beibehalten. Die Jugend- und Frauenorganisation der PKK existieren ebenfalls unverändert weiter. Auch in personeller Hinsicht steht der KADEK in Kontinuität zur PKK. Die Führung des KADEK setzt sich – einschließlich des Vorsitzenden – größtenteils aus Personen zusammen, die bereits den Führungsgremien der PKK angehört haben. Eine von der PKK mehrfach beschlossene Erneuerung ihrer Organisation auf der Grundlage demokratischer Prinzipien ist trotz Ankündigung auch vom KADEK bisher nicht umgesetzt worden. Ansätze hierfür sind lediglich bei von ihm als „legal“ angesehenen kurdischen Organisationen und Vereinen zu erkennen. Struktur und personelle Besetzung beider Organisationen sind somit weitgehend identisch. Die Aktivitäten der PKK wurden vom KADEK kontinuierlich fortgesetzt. Wie bei der PKK bestehen auch beim KADEK Zweifel an einer längerfristig friedlichen Ausrichtung der Organisation. Funktionäre aus der Führung des

KADEK haben anlassbezogen wiederholt mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes gedroht, der „das Blut von Hunderttausenden kosten wird“. Anlässe dafür waren der Beschluss der Europäischen Union vom 2. Mai, die PKK in die Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen, und die drohende Nichtzulassung eines dem KADEK nahe stehenden Wahlbündnisses zu den Parlamentswahlen in der Türkei am 3. November. Die Zweifel an einem durchgängig friedlichen Verhalten des KADEK werden dadurch bestärkt, dass er die größtenteils im Nord-Irak befindlichen militärischen Einheiten der PKK nicht nur weiter unterhält, sondern offen für deren Ausbau plädiert. Die Aufrechterhaltung der „Volksverteidigungskräfte“ der PKK dient auch dem KADEK als Garant für seine Vorstellungen von einer Lösung der Kurdenfrage und als ständige Drohkulisse, Forderungen gegenüber der Türkei durchzusetzen.

3.2 Anhängerschaft

Die PKK und ihre Nachfolgeorganisation KADEK zeigten sich nach wie vor als eine geschlossene Organisation. In Opposition zum KADEK stehende Kräfte haben nicht an Bedeutung gewinnen können. Offensichtlich mit Rücksicht auf die von ihm propagierte Wandlung zu einer demokratischen Organisation nahm der KADEK zumindest in Europa davon Abstand, als „Verräter“ eingestufte Parteiabtrünnige exemplarisch zu bestrafen. Die damit einhergehende Lockerung der Parteidisziplin bereitet dem KADEK zunehmend innerorganisatorische Schwierigkeiten. Bei Teilen seiner Anhängerschaft ist ein nachlassendes Interesse an einer Mitarbeit in der Organisation sowie ein „Rückzug ins Private“ nicht zu übersehen. Das gleiche Verhalten konnte auch bei seinen Umfeld-Organisationen festgestellt werden. Es schlug sich in einem leichten Rückgang seiner Anhängerzahl gegenüber dem Vorjahr von bundesweit 12.000 auf 11.500, landesweit von 800 auf 750 nieder. Die Bereitschaft, die PKK bzw. den KADEK finanziell zu unterstützen, hat dagegen nicht nachgelassen. Bei der Spendenkampagne 2001/2002 konnte ein höheres Spendenergebnis erzielt werden als in den Vorjahren.

3.3 Aktivitäten

Zentrales Aktionsthema der PKK und des KADEK blieb die ungelöste Kurdenfrage. Daneben waren sie verstärkt darum bemüht, die Öffentlichkeit auf das Schicksal des in der Türkei inhaftierten Vorsitzenden Öcalan aufmerksam zu machen.

Der 3. Jahrestag der Festsetzung Öcalans am 15. Februar 1999 bildete auch 2002 den Auftakt der Aktivitäten der PKK. Mit einer Vielzahl von Gedenkveranstaltungen, Protestmärschen, Kundgebungen, Fackelumzügen, Mahnwachen und dem Tragen von Trauerbekleidung erinnerte sie an den „schwarzen Tag in der Geschichte der Kurden". An einer Großdemonstration der PKK am 16. Februar in Straßburg nahmen 6.000 Personen teil. In Kiel fand am 14. Februar eine von der PKK-orientierten „Deutsch-Kurdischen Gesellschaft e. V." organisierte Auftaktkundgebung unter dem Motto „Verurteilung des Komplotts gegen Abdullah Öcalan" statt, die wenig Resonanz fand. Großen Anteil an der Mobilisierung von Teilnehmern für die Aktionen der PKK zum 15. Februar hatte ihre Jugendorganisation „Union der Jugendlichen aus Kurdistan".

Die Aktivitäten der PKK und von ihr beeinflusster Organisationen zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz" (21. März) standen ganz im Zeichen ihrer 2001 begonnenen Kampagnen für eine „kurdische Identität" und für Unterricht in kurdischer Sprache an türkischen Schulen. Zur Unterstützung dieser Kampagnen fanden im März zwei von ihren Umfeld-Organisationen initiierte Propaganda-Aktionen statt, ein „Marathonlauf zur kurdischen Identität" von Hamburg nach Berlin sowie eine unter der Losung „Die Sprache kennt keine Grenzen" stehende Propaganda-Fahrt mit Bussen zur türkisch-bulgarischen Grenze, die letztlich an Einreiseverweigerungen mehrerer Staaten scheiterte.
Entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten, das „Newroz"-Fest dezentral zu feiern, fand erstmals aus diesem Anlass eine von der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V." (YEK-KOM), dem Dachverband der PKK-nahen Vereine in Deutschland, organisierte europaweite zentrale Großkundgebung am 23. März in Düsseldorf mit 38.000 Teilnehmern statt. Von der Durchführung einer zentralen Veranstaltung im Bundesgebiet erhoffte sich die PKK eine größere Aufmerksamkeit in den Medien. Bei den übrigen Veranstaltungen der PKK zum „Newroz" handelte es sich zumeist um örtlich durchge-

führte Fackelumzüge. An der traditionellen „Newroz“-Demonstration der PKK am 20. März in Kiel nahmen nur rund 200 der erwarteten 500 Personen teil. Als Veranstalter trat wiederum die der YEK-KOM zugehörige „Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.“ in Kiel auf.

Am 2. Mai wurden die PKK sowie zwei weitere extremistische Organisationen, die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI), von der Europäischen Union (EU) in die Liste terroristischer Organisationen aufgenommen. Die Entscheidung des Rates der EU löste beim KADEK und ihm nahe stehenden Organisationen eine europaweite Protestkampagne aus, in deren Mittelpunkt eine zentrale Demonstration des dem KADEK nahe stehenden „Kurdischen Nationalkongresses“ am 19. Juni in Brüssel mit mehreren Tausend Teilnehmern stand. In Schleswig-Holstein wurde die Kampagne des KADEK durch eine von der „Deutsch-Kurdischen Gesellschaft e. V.“ organisierte Hungerstreik-Aktion mit Flugblattverteilung in der Kieler Innenstadt unterstützt.
Die Diskussion um die Aufnahme der PKK in die EU-Liste terroristischer Organisationen hatte bereits im Vorfeld der Entscheidung heftige Reaktionen beim KADEK hervorgerufen. Ein Mitglied aus seiner Führung warf der EU in einer Stellungnahme vor, „mit der Aufnahme der kurdischen Freiheitsbewegung in die Terrorliste“ eine „neue Kriegsphase“ eingeleitet zu haben, die diesmal „das Blut von Hunderttausenden kosten wird“.

Ungeachtet der Beschlüsse seines „Gründungskongresses“, Ziele ausschließlich mit friedlichen und demokratischen Mitteln erreichen zu wollen, erinnerte der KADEK mit bundesweiten Gedenkveranstaltungen an den Beginn der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK am 15. August 1984. Mit Feierlichkeiten beging der KADEK auch den 25. Gründungstag der PKK (27.11.1978), was erneut die Identität beider Organisationen belegt.

Ihre Mobilisierungsfähigkeit stellten PKK bzw. KADEK insbesondere bei zwei Großveranstaltungen im Bundesgebiet erneut unter Beweis. Die zentrale Veranstaltung der PKK zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz“ am 23. März in Düsseldorf sowie das von der YEK-KOM organisierte „10. Internationale Kurdistan-Kulturfestival“ am 7. September in

Gelsenkirchen mit 45.000 Teilnehmern waren Anziehungspunkte für ihre Anhänger auch außerhalb Deutschlands. Die Veranstaltungen dienten dem Zusammenhalt und zur Darstellung der aktuellen Politik von PKK und ihrer Nachfolgeorganisation KADEK. So wurden über Lautsprecher Reden ihrer Führungsfunktionäre übertragen und eine Grußbotschaft Abdullah Öcalans verlesen.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 3. November in der Türkei unterstützte der KADEK mit einer europaweiten Wahlkampagne ein ihm nahe stehendes prokurdisches Wahlbündnis unter dem Dach der „Demokratischen Volkspartei“ (DEHAP). Er erhoffte sich davon eine Vertretung kurdischer Interessen im Parlament. Der Ausgang der Wahl verlief für ihn und seine Anhänger enttäuschend. Die DEHAP scheiterte mit 6,21 % der Stimmen an der 10-Prozent-Hürde. Das Scheitern führte die KADEK-nahe Presse auf Wahlbehinderungen und Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe zurück.

Im November initiierte der KADEK eine Protestkampagne gegen die Haftbedingungen seines in der Türkei inhaftierten Vorsitzenden Öcalan. Er warf der Türkei vor, mit fadenscheinig begründeten Besuchsverweigerungen Öcalan zu isolieren. Vorwiegend jugendliche Anhänger des KADEK forderten auf zahlreichen Demonstrationen im Bundesgebiet die „Aufhebung der Isolationshaft“ gegen Öcalan. Am 10. Dezember, dem „Internationalen Tag der Menschenrechte“, leitete der KADEK eine Verstärkung seiner Kampagne ein. Sie dauerte bis zum 15. Februar 2003 (Tag der Festsetzung Öcalans) und bezweckte, die neue türkische Regierung zum Einlenken in der Behandlung Öcalans sowie zur Lösung der Kurdenfrage zu bewegen. Für den Fall der Erfolglosigkeit der Kampagne wurde erneut eine Rückkehr zu Gewaltaktionen gegen den türkischen Staat angedroht.

3.4 Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen

Die Strafverfahren und Exekutivmaßnahmen deutscher Behörden gegen Funktionäre und Aktivisten der PKK setzten sich fort. Oberlandesgerichte verhängten gegen sie zum Teil hohe Freiheitsstrafen, unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen

bzw. kriminellen Vereinigung nach § 129/129 a Strafgesetzbuch, Beihilfe zum versuchten Mord, schweren Landfriedensbruch und Freiheitsberaubung. Bei den Straftaten handelte es sich in den meisten Fällen um Funktionärstätigkeiten für die PKK und Beteiligungen an den gewaltsam verlaufenen Besetzungs-Aktionen im Zusammenhang mit der Festsetzung Öcalans im Februar 1999. Daneben verurteilte das Oberlandesgericht Hamburg in einem zurückliegenden Fall am 2. Januar einen Kurden, der im Auftrag der PKK einen Repräsentanten einer gegnerischen Organisation erschossen hatte, wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe.

Exekutivmaßnahmen gegen KADEK-nahe kurdische Vereine und Wohnungen seiner Anhänger wurden von der YEK-KOM als „Repressionspolitik gegen die kurdische Bevölkerung“ bezeichnet, mit der erneut versucht werde, „die Kurden zu terrorisieren“. Im Zusammenhang mit einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren wurden am 23. und 24. April in Kiel und in einigen anderen Städten Schleswig-Holsteins die Wohnungen von Aktivisten des KADEK durchsucht und Beweismaterial sichergestellt.

4 Linksextremistische türkische Organisationen

Linksextremistische türkische Organisationen wie die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C), „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) und „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) wollen unverändert die in der Türkei bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung in einem „revolutionären Volksbefreiungskampf“ beseitigen und durch eine „Volksherrschaft“ auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus ersetzen. Zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienen sie sich in der Türkei auch terroristischer Mittel. In Deutschland halten sie sich seit Jahren mit gewaltsamen Aktionen zurück.

Die rückläufige Mitglieder- und Organisationsentwicklung bei den linksextremistischen türkischen Organisationen setzte sich fort. Fehlende Agitations-Themen führten 2002 zum Nachlassen ihrer Aktivitäten. Insbesondere die 2001 mit großem Engagement betriebenen Protestaktionen gegen die Haftbedingungen von Gesinnungsgenossen in türkischen Gefängnissen ließen erheblich an Intensität nach. Grund dafür war eine im Mai

von Häftlingen aus acht linksextremistischen türkischen Organisationen herausgegebene Erklärung, eine in diesem Zusammenhang betriebene Hungerstreik-Kampagne zu beenden. Das Verhalten stieß auf heftige Kritik der DHKP-C, die sich für die Fortsetzung des „Todesfastens“ entschied. Die im Oktober 2000 begonnene Hungerstreik-Kampagne wird seitdem hauptsächlich noch von der DHKP-C getragen. Dazu gehörte auch eine Protestaktion am 10. September vor dem Europaparlament in Brüssel mit 150 Teilnehmern. Im Verlaufe der Aktion wurde eine Liste mit 100.000 Unterschriften gegen die Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen übergeben. An den Folgen des Hungerstreiks in der Türkei starben bisher über 60 Personen.

Linksextremistische türkische Organisationen beteiligten sich vermehrt an Veranstaltungen anderer Organisationen, um auf sich aufmerksam zu machen. So beteiligten sie sich an einem Solidaritätsmarsch für die Palästinenser am 16. März in Berlin, an den bundesweiten Kundgebungen zum 1. Mai sowie an den Demonstrationen gegen den Besuch von US-Präsident Bush am 22. Mai in Berlin. Für linksextremistische türkische Organisationen sind die USA und Israel, denen sie vorwerfen, im Nahost-Konflikt Völkermord zu begehen, der Hauptfeind der Völker der Welt. Ende März riefen die DHKP-C und die gegen Israel kämpfende „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ in einer gemeinsamen Deklaration zum Kampf gegen die USA auf.

In Schleswig-Holstein traten linksextremistische türkische Organisationen hauptsächlich mit der Verteilung von Schriften in Erscheinung, unter anderem vor der Erstaufnahmeeinrichtung für neu eingereiste Asylbegehrende in Lübeck.

Die Führung der DHKP-C wurde durch Exekutiv- und Strafmaßnahmen deutscher Behörden weiter geschwächt. Zahlreiche Funktionäre der Organisation wurden wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a Strafgesetzbuch und anderer Straftaten im Zusammenhang mit Aktivitäten für die DHKP-C angeklagt oder verurteilt.

5 Entwicklung der Mitglieder-/Anhängerzahlen der extremistischen Ausländerorganisationen in Schleswig-Holstein und Gesamtentwicklung im Bundesgebiet 2000 bis 2002

	2000	**2001**	**2002**
Türkische Organisationen			
• linksextremistische Gruppen	75	70	60
• islamistische Gruppen	510	510	500
• extrem-nationalistische Gruppen	470	470	470
Kurdische Organisationen	800	800	750
Iranische Organisationen	30	30	30
Arabische Organisationen	60	70	65
Gesamt Land	**1.945**	**1.950**	**1.875**
Gesamt Bund	**58.800**	**59.100**	**57.350**